

Sachbeiträge

(8)

Volker Erdmann

Die „Zelleninformatoren“
in der Untersuchungshaft der MfS-
Bezirksverwaltung Halle/S. 1981-1989

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Halle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Redaktioneller Hinweis:

In den Abschriften aus MfS-Unterlagen wurden die orthographischen und grammatischen Fehler beibehalten.

Impressum

Volker Erdmann: Die „Zelleninformatoren“ in der Untersuchungshaft der MfS-Bezirksverwaltung Halle/S. 1981-1989

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 8)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: (0391) 567 50 51)

Magdeburg, Juli 1998

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg - Arbeitsverwaltung

	Inhalt
Vorwort	2
1. Einführung	4
2. Die Situation in der Untersuchungshaftanstalt des MfS	6
2.1. Rechtliche Grundlagen der Untersuchungshaft	6
2.2. Gesichtspunkte der praktischen Umsetzung durch das MfS	7
3. Tätigkeit der Zelleninformatoren (ZI)	10
3.1. Zur Kategorie des Zelleninformators (ZI)	10
3.2. Die Werbung und Verpflichtung von Zelleninformatoren	15
3.3. Einhaltung der Konspiration	18
3.4. Inhalt der Berichte	19
3.5. Auswirkungen auf die Betroffenen	22
3.6. Weitere Perspektiven der Zelleninformatoren	24
4. Dokumententeil	25
4.1. Beispiel 1	25
4.2. Beispiel 2	31
4.3. Beispiel 3	34
4.4. Beispiel 4	35
4.5. Beispiel 5	41
4.6. Beispiel 6	54
4.7. Beispiel 7	59
4.8. Beispiel 8	73
4.9. Beispiel 9	87
4.10. Beispiel 10	93
4.11. Beispiel 11	103
4.12. Beispiel 12	123
4.13. Beispiel 13	125
4.14. Beispiel 14	128
4.15. Beispiel 15	137
4.16. Beispiel 16	141
5. Quellennachweis der ZI-Akten	148

Auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurden auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone und der späteren DDR zahlreiche Menschen aus politischen Gründen inhaftiert, diesmal um die Machtstrukturen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu festigen und zu sichern. Sie fanden sich plötzlich in Gefängnissen neben Personen wieder, welche kriminelle Handlungen begangen hatten. Zu dem allgemeinen Druck kam in diesem Fall häufig die Unkenntnis über die eigentlichen Gründe, welche zu der Verhaftung geführt hatten, und über das zu erwartende Strafmaß hinzu. Über die Situation, die Hintergründe und Geschehnisse ist inzwischen die Öffentlichkeit in Form von Erlebnisberichten und wissenschaftlichen Untersuchungen informiert worden. Weitere Arbeiten werden das Bild erweitern.

Ein bisher nur an wenigen Stellen diskutierter Gesichtspunkt ist die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und der Polizei mit Spitzeln in den Gefängnissen und Untersuchungshaftanstalten der DDR. Informanten hat es von Anfang an gegeben. Das MfS regelte 1981 in seiner Richtlinie 2/81 die Arbeit mit seinen „Zelleninformatoren (ZI)“ in den Untersuchungshaftanstalten des MfS, indem es konkret ihre Aufgaben und die Werbungsstrategien festlegte.

Für die vorliegende Broschüre wurden 102 archivierte Aktenvorgänge von Zelleninformatoren ausgewertet, welche von der Abteilung IX der Bezirksverwaltung des MfS Halle nach Inkrafttreten der Richtlinie angelegt wurden. Es handelt sich hierbei um den gesamten erschlossenen Bestand aus den Jahren 1981 bis 1989, welcher heute von der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verwaltet wird. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Untersuchung die Informationen, welche im Rahmen von Verhören von anderen Häftlingen zu Personen gegeben wurden und die in operativen Personenkontrollen oder operativen Vorgängen dokumentiert sind. Auch die inoffiziellen Mitarbeiter anderer Abteilungen des MfS und der Polizei werden nur am Rande erwähnt.

Bei der Durchsicht der Unterlagen wurde deutlich, welchen hohen Stellenwert die Zelleninformatoren für das MfS hatten. Es heißt in der Richtlinie: „Die Arbeit mit ZI hat dazu beizutragen, die politisch-operativen Gesamtaufgaben des MfS zu lösen.“

Für die Häftlinge bedeutete die Kenntnis über die Existenz von Spitzeln in einer Situation völligen Ausgeliefertseins eine weitere Tatsache, welche die Gefühle von Angst und Ohnmacht verstärkte. Diese Gefühle wurden von den Mitarbeitern des MfS schamlos ausgenutzt. Hier waren auch die Zelleninformatoren ein Zahnrad im Getriebe des Sicherheitsorgans. Aus der Sicht ehemaliger Häftlinge hat u. a. Jürgen Fuchs in seinem Buch „Magdalena“ an mehreren Stellen die Auswirkungen dieser „Arbeitsweise“ beschrieben.

Bei der Bearbeitung von Anträgen auf strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung werden Ausschlussgründe, zu denen auch die Zusammenarbeit mit dem MfS gehört, geprüft. Da es sich bei den Zelleninformatoren um inoffizielle Mitarbeiter des MfS im Sinne des Stasi-Unterlagengesetzes handelt, muß eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden um zu klären, ob Gründe vorhanden sind, die eine Rehabilitierung oder die Gewährung von Folgeansprüchen verbieten. Hierbei wird berücksichtigt, daß sich die Person in den allermeisten Fällen zum Zeitpunkt ihrer Werbung in einer allgemeinen Drucksituation befand.

Mein Dank gilt Herrn Erdmann, der mit der vorliegenden Darstellung dazu beigetragen hat, die Bedeutung dieser speziellen Mitarbeiter des MfS zu erläutern.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

1. Einführung

In der Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ der Staatssicherheit in Halle an der Saale waren Menschen extremen psychischen Ausnahmesituationen ausgesetzt. Dies nicht nur, weil man als Untersuchungshäftling offiziell die im Artikel 30 und 31 der Verfassung der DDR garantierte persönliche Freiheit und die Wahrung des Post- und Fernmeldegeheimnisses verloren hatte. Es waren auch die weitestgehende persönliche Isolation und die Ungewißheit über die Höhe der anstehenden Bestrafung. Hinzu kamen zermürbende Vernehmungen und Zukunftsängste, welche durch die Konfrontation mit der Staatssicherheit verstärkt wurden.

In dieser Atmosphäre menschlicher Hilflosigkeit verpflichtete die Staatssicherheit Häftlinge, um andere Mithäftlinge zu bespitzeln, welche zum Teil wegen der gleichen „Delikte“ in der Untersuchungshaft saßen. Die genauen Umstände der Werbung der Zelleninformatoren (ZI) konnten nicht immer anhand der Akten eindeutig rekonstruiert werden. Mit der Androhung hoher Strafen, Sanktionen gegen Angehörige oder Einweisung der Kinder in Heime mit entsprechend schlechter Behandlung wurde ein sehr starker Druck ausgeübt. Solche Vorgehensweisen widerspiegeln sich in den schöngefärbten „Berichten zur Werbung“ der Führungsoffiziere nicht.¹ Insgesamt bietet sich aber ein recht differenziertes Bild der Art, über Mithäftlinge zu berichten und der Motivationslage der einzelnen ZI. Es geht in dieser Veröffentlichung um diese Sachverhalte und nicht darum, konkrete Personen zu benennen. Deshalb sind nicht nur die Namen und Daten der Betroffenen geschwärzt. Ebenfalls wurden die Zelleninformatanten anonymisiert. Nur die Dienstgrade und Namen der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter blieben offen. Ebenso wurden die Namen von Amtsträgern und Personen der Zeitgeschichte nicht geschwärzt.

Über die Bespitzelung von Untersuchungshäftlingen ist bisher wenig bekannt. Einige statistische Angaben darüber befinden sich in einem Bericht von Klaus-Dieter Müller auf einer Fachtagung in Hamburg.² Es wird in dieser Veröffentli-

1 Die Informationen über die genauen Umstände der Werbung stammen aus Gesprächen mit Zelleninformatanten, die Akteneinsicht beim BStU genommen haben. Diese Schilderungen einiger Zelleninformatoren stimmten durchaus mit den Angaben in der Personalakte überein, wenn man mit der speziellen Ausdrucksweise der MfS-Offiziere vertraut ist und diese entsprechend interpretiert. Es ist davon auszugehen, daß sich die persönliche Gewissenslage, ebenso wie die Motivation sehr differenziert darstellt.

2 Vgl. Klaus-Dieter Müller: „Jeder kriminelle Mörder ist mir lieber...“ In „Die Vergangenheit läßt uns nicht los...“ Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen. Erweiterte Berichte der gleichnamigen Fachtagung am 25.4.1997 in Hamburg für Ärzte, Psychologen, Gutachter, Juristen der Sozialgerichtsbarkeit und Mitarbeiter der Landesversorgungssämter. Berlin 1997, S. 76 ff.

chung auf den Befehl 2/81 eingegangen. Daten über die Tätigkeit von ZI werden zum Zentralen Untersuchungshaftvollzug in Berlin und den Untersuchungshaftanstalten einiger Bezirksdienststellen des MfS genannt, ohne dabei Halle zu berücksichtigen. In den Tagungsmaterialien wird ebenfalls auf die Wahrnehmung der Tätigkeit von Spitzeln durch die Gefangenen in den Haftanstalten eingegangen.³

Diese Broschüre soll ein kleiner ergänzender Beitrag dazu sein, in diesen Winkel des Mielke-Imperiums etwas Licht zu bringen. Eine moralische Wertung der Tätigkeit von Zelleninformatanten muß der kritische Leser beim Studium der Quellenauszüge selbst vornehmen. Als Grundlage und wichtigste Quelle dienten archivierte Akten der Bezirksverwaltung Halle des MfS. Der Zeitraum umfaßt die Jahre 1981 bis 1989.

3 Vgl. Klaus Behnke, Stefan Trobisch: „Panik und Bestürzung auslösen. Die Praxis der 'operativen Psychologie' des Staatssicherheitsdienstes und ihre traumatisierenden Folgen“, und Doris Denis: „Posttraumatische Störungen nach politischer Inhaftierung in der DDR“. Ebenda, S. 175 und 201 ff.

2. Die Situation in der Untersuchungshaftanstalt des MfS

2.1. Rechtliche Grundlagen der Untersuchungshaft

Die Strafprozeßordnung der DDR, sowie die Richtlinien des Plenums des Obersten Gerichts der DDR und die Anweisungen des Generalstaatsanwaltes bildeten die gesetzliche Grundlage der Inhaftierung von Untersuchungsgefangenen. Die Gründe für die Verhängung von U-Haft waren Verdunklungs-, Wiederholungs- und Fluchtgefahr, Schwere des Verbrechens und sofortige Disziplinierung. Eine Möglichkeit stand dem Beschuldigten offen, der U-Haft zu entgehen, „wenn z. B. aus Einsicht und Reue Wiedergutmachung erfolgte oder andere ernsthafte Anstrengungen unternommen wurden, um die Auswirkungen der Tat zu beseitigen oder zu vermindern.“⁴ Diese Formulierung war bei der Gewinnung von ZI von Bedeutung, eröffnete es dem MfS doch einen Handlungsrahmen, Werbungen auf der Grundlage der sogenannten „Wiedergutmachung“ durchzuführen. „Zu jeder Zeit konnte die Staatssicherheit in einer politisch relevanten Strafsache das Urteil präjudizieren - oder verhindern, wenn etwa ein Beschuldigter sich bereit fand, eine Verpflichtung als inoffizieller Mitarbeiter einzugehen.“⁵ Zuständig für die Vernehmung in der U-Haft war die Untersuchungsabteilung des MfS (Abteilung IX). Die Verwaltung der Untersuchungshaftanstalten oblag der Abteilung XIV. Der Eingriff in ein Strafverfahren oder die Revidierung des Urteils war einfach. Der Leiter der Abteilung IX der Bezirksverwaltung Halle des MfS (Major Stenker) stellte einen entsprechenden Antrag bei dem Beauftragten für Sonderaufgaben der Hauptabteilung IX des MfS in Berlin (Oberst Enke) zwecks Strafaussetzung gemäß § 349 StPO (Beispiel 1 (S. 26); Teil I, Bl. 30). Diesem Antrag wurde in der Regel für bewährte Zelleninformanten stattgegeben.⁶

Ausgehend von der Rechtslage heißt es in einer MfS-Lehrbroschüre: „Die sozialistische Gesetzlichkeit ist bei allen Vollzugsmaßnahmen zu wahren und die Würde des Verhafteten und seiner Persönlichkeit sind zu achten.“ und „Es ist zu gewährleisten, daß Verhaftete ihr Recht auf Verteidigung uneinge-

4 Beschluß des Präsidiums des Obersten Gerichts der DDR zu Fragen der Untersuchungshaft vom 20. Oktober 1977 - I PrB 1 - 112 - 2/1977, in Dokumentensammlung Strafprozeßrecht, Hrsg. Juristische Fachschule Potsdam 1986, S. 22. Die vorzeitige Haftentlassung erfolgte meist nach § 349 der StPO, dessen Interpretation das Oberste Gericht mit dem Beschluß vorgenommen hat.

5 Karl Wilhelm Fricke: „MfS intern“, Köln 1991, S. 62.

6 Es wurden in den AZI-Akten keine Ablehnungen gefunden.

schränkt in jeder Lage des Strafverfahrens wahrnehmen können.“⁷ Mit dieser Broschüre wurden Schulungen durchgeführt. In dem vorliegenden Exemplar wurden durch den Mitarbeiter alle für die Arbeit des MfS wichtigen Stellen unterstrichen. Bezeichnenderweise sind die zitierten Sätze und ähnlich gelagerte Formulierungen nicht mit dabei.

Inwieweit dieser hohe Anspruch mit der Wirklichkeit übereinstimmt, wird noch zu erörtern sein.

Eine wichtige, weil grundlegende Frage ist, ob das MfS überhaupt dazu berechtigt war, eigene U-Haftanstalten zu führen.⁸ Das MfS bewegte sich weitestgehend im gesetzlich nicht geregelten Raum. Formal wurde die Zuständigkeit des MfS als Untersuchungsorgan für bestimmte Delikte durch den § 88 der StPO geregelt. Die Untersuchungsmethoden und die Einschränkungen der Rechte von U-Häftlingen stand jedoch im Widerspruch zu anderen Paragraphen der StPO oder auch zur Verfassung der DDR. Laut Gesetzestext (§ 89 StPO) wäre der Staatsanwaltschaft die oberste Aufsicht über die Ermittlungen zugekommen. In der Praxis kontrollierte das MfS die Staatsanwaltschaft.⁹ Dies war jedoch den damaligen DDR Bürgern kaum bekannt. Um an der Rechtmäßigkeit der konspirativen Arbeit keinen Zweifel aufkommen zu lassen, drohte man den ZI-Kandidaten schon bei der Werbung mit strafrechtlichen Konsequenzen, falls sie sich z. B. nicht an die Konspiration hielten. Dies wurde so in vielen Verpflichtungserklärungen festgehalten (Beispiel 2 (S. 32); Teil I, Bl. 10). Hier tritt die Drohung und Einschüchterung an die Stelle einer realen gesetzlichen Grundlage. Somit ist die Möglichkeit der Verletzung grundlegender Menschenrechte schon grundsätzlich gegeben.

2.2. Gesichtspunkte der praktischen Umsetzung durch das MfS

Im Lehrbuch des Strafprozeßrechtes der Staatssicherheit wird unter anderem folgendes formuliert: „Revolutionäre Gesetzlichkeit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit sind für uns keine Saisonbegriffe, sondern unverzichtbarer Bestand-

7 Information zur Forschungsarbeit „Die aus den politisch-operativen Lagebedingungen und Aufgabenstellungen des MfS resultierenden höheren Anforderungen an die Durchsetzung des Untersuchungshaftvollzuges und deren Verwirklichung in den Untersuchungshaftanstalten des MfS“ (abgeschlossen am 24.07.1984), Juristische Hochschule des MfS Potsdam 1984, S. 9f.

8 Vgl. Fricke: „MfS intern“...S. 61.

9 Abgesehen vom „Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit“ vom 8. Februar 1950, das ganze drei Sätze enthält, gibt es nur interne Befehle und Dienstanweisungen des MfS. Außerdem wird das MfS als Untersuchungsorgan in der StPO genannt.

teil der Erfüllung des von der Partei erteilten Klassenauftrages.“¹⁰ Das Strafprozeßrecht wurde vom MfS nach den Prinzipien „der Einheit von Parteilichkeit, Objektivität und Wissenschaftlichkeit“¹¹ angewendet. Diese offensichtlichen Widersprüche versuchte man mit einer scholastischen Begründung aufzulösen. Es wird klar, daß die revolutionäre Gesetzlichkeit letztendlich alles erlaubt, was der „Arbeiterklasse“, die von der Partei repräsentiert wird, nützt. Moralische Bedenken, beim Einsatz konspirativer Mittel, die gegen jede Gesetzlichkeit verstießen, dürften den MfS-Angehörigen nicht gekommen sein. Die Staatssicherheit wurde nicht nur politisch von der SED beherrscht, sondern auch ideologisch von der Weltanschauung des Marxismus/Leninismus geprägt. Das wurde in diesem für die SED wichtigen Bereich durch Kaderauswahl, Schulung und Kontrolle gewährleistet. Somit wurden offensichtliche Verstöße gegen die Rechte der Inhaftierten ideologisch gerechtfertigt, denn für die marxistisch-leninistische Weltanschauung gibt es keine generellen Menschenrechte. Nach Lenin ist die „Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet“. ¹² Mit diesem Rechtsverständnis hatten einige der Untersuchungshäftlinge schon Bekanntschaft gemacht, als sie ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nahmen und man sie dafür einsperrte. Daß man von der Brutalität der Ulbrichtära zu subtileren konspirativen und psychologischen Methoden in der Untersuchungshaft und bei den Verhören übergegangen ist, liegt weitestgehend daran, daß viele Gefangene „freigekauft“ worden sind. Die SED befürchtete negative Schlagzeilen in der Presse der Bundesrepublik und Reaktionen von Menschenrechtsorganisationen, wie „amnesty international“ oder „Hilferufe von Drüben“. Die unter 2.1. erwähnten Grundrechte der Untersuchungsgefangenen wurden durch den massiven Einsatz konspirativer Mittel innerhalb der Untersuchungshaft, in deren Ergebnisse weder Beschuldigte noch Rechtsanwälte Einsicht nehmen konnten, unterlaufen. Ganz abgesehen davon, daß die Gespräche mit den Rechtsanwälten in der Regel ebenfalls konspirativ überprüft (Beispiel 3 (S. 34), Teil I, Bl. 17) und protokolliert¹³ wurden. Die Notwendigkeit der weiteren konspirativen Bearbeitung kommt in folgenden Formulierungen des Schulungsmaterials zum Ausdruck:

„- Dem MfS sind in der Regel mit Einleitung des Ermittlungsverfahrens zunächst noch nicht alle Zusammenhänge der aufzuklärenden Straftat bekannt.“ und

10 Lehrbuch Strafprozeßrecht, Juristische Fachschule Potsdam, 1986, S. 127.

11 Ebenda, S. 25.

12 Lenin: „Die Aufgaben der Jugendverbände“, Lenin ausgewählte Werke in zwei Bänden, Moskau 1947, Bd. II, S. 788.

13 Vgl. BStU, Ast Halle, AZI 2319/82, Teil II.

„- Ein großer Teil der subversiven Aktivitäten, die dem Ermittlungsverfahren zu Grunde lagen, wurden durch das MfS konspirativ, mit spezifischen Mitteln und Methoden bearbeitet bzw. aufgedeckt.“¹⁴

Notwendig wurde dies nach MfS-Verständnis, weil z. B. „eine bestimmte Anzahl Verhafteter...im politischen Untergrund...in der Konspiration geschult“¹⁵ sind. Außerdem bestand die Befürchtung, daß die Untersuchungshaftanstalt ihrerseits selbst Opfer von Angriffen des „Gegners“ wird, indem er besonders versucht, auf Mitarbeiter der U-Haftanstalt Einfluß zu nehmen. Es wird in den Lehrmaterialien immer von der Spezifik der Untersuchungshaft beim MfS gesprochen. Um den erhöhten Sicherheits- und Informationsbedarf des MfS zu befriedigen, „haben die Dienstseinheiten der Linie XIV, in Abstimmung mit den Dienstseinheiten der Linie IX die Fortführung der unterschiedlichsten politisch-operativen Prozesse mit den spezifischen Mitteln des Vollzuges der Untersuchungshaft allseitig zu unterstützen.“¹⁶ Neben der Informationsgewinnung durch operative Technik in den Zellen war der Einsatz von Zelleninformatoren die wichtigste konspirative Quelle. Der ZI war in der Lage, differenzierte Informationen zielgerichtet zu erarbeiten, was durch Abhören nur sehr schwer möglich war. Außerdem konnte er über Äußerlichkeiten, Gewohnheiten, Gestik und Mimik berichten. Dies blieb der Abhörtechnik verborgen.

14 Information zur Forschungsarbeit...S. 6.

15 Ebenda, S. 7.

16 Ebenda, S. 20.

3. Tätigkeit der Zelleninformatoren (ZI)

3.1. Zur Kategorie des Zelleninformators

Untersuchungsgefangene, die als Informanten für das MfS arbeiteten hat es schon seit den 50er Jahren gegeben. Die Kategorie Zelleninformatoren (ZI) gibt es offiziell erst seit Inkrafttreten der Richtlinie 2/81 „Zur Arbeit mit Zelleninformatoren (ZI)“.¹⁷ Aus diesem Grund wird der Begriff „Zelleninformatoren“ nicht im Wörterbuch des MfS von 1981¹⁸ definiert, obwohl sonstige IM-Kategorien erläutert werden. Diese Kategorie wurde nur in der Abt. IX eingeführt, während Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Abt. VII als Inoffizielle Mitarbeiter für Sicherheit (IMS) registriert wurden. Die Abteilung VII war unter anderem für die Absicherung des Ministeriums des Innern (Mdl) zuständig und kontrollierte somit auch die Strafvollzugsanstalten. Eine Suche nach Informanten in diesen Einrichtungen gestaltete sich für den Autor sehr schwierig, da sie nicht als AZI (Archivierter Zelleninformatoren), sondern als AIM (Archivierter Inoffizieller Mitarbeiter) vom MfS undifferenziert archiviert wurden.

Die IMS der Abteilung VII waren im Strafvollzug des Mdl tätig. Grundlage ihrer Tätigkeit war die Dienstanweisung 2/75.¹⁹ In dieser Dienstanweisung werden die grundsätzlichen Aufgaben der Abteilung VII in diesem Bereich definiert, die im wesentlichen aus der Sicherung der Strafvollzugsanstalten des Mdl, der Überwachung des Personals und der Häftlinge besteht. Rechtzeitig sollen Verbindungen nach außerhalb unterbunden werden. Man wollte Klarheit über noch nicht bekannte Straftaten und zukünftige Absichten der Häftlinge gewinnen. Außerdem wurde die Richtlinie 1/79²⁰ des Ministeriums für Staatssicherheit angewendet. Diese Richtlinie wurde den speziellen Bedingungen des Strafvollzuges angepaßt.²¹ Die IMS waren für die Klärung der Frage „Wer ist wer“ in der Haftanstalt zuständig, berichteten aber auch über Sicherheitsmängel im Strafvollzug. Wie der Fußnote 21 zu entnehmen ist, sollten die geworbenen IM perspektivisch auch nach dem Strafvollzug tätig sein. Bei der

17 „Zur Arbeit mit Zelleninformatoren (ZI)“ BStU, ASt. Halle, Sachakte Abt. IX, Nr. 1424. Die Richtlinie ist von Erich Mielke persönlich unterschrieben.

18 Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“ Reihe A, BStU 1993.

19 Dienstanweisung Nr. 2/75, „Die politisch-operativen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit im Strafvollzug der Deutschen Demokratischen Republik“, MfS 008 Nr. 367/75, in Karl Wilhelm Fricke: „Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR“, Köln 1988, S. 167 ff.

20 Richtlinie Nr. 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS), 8.12.1979, GVS MfS 0008-1/79, 5. Ausfertigung, 34 Blatt, in „Die Inoffiziellen Mitarbeiter“ Teil II, (Hrsg. BStU), Bonn 1992, S. 659 ff.

Absicherung des Strafvollzuges konnte die Abteilung VII auf die Inoffiziellen Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter (IKM) des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei (K I) zurückgreifen. Es handelte sich dabei genau um die Kategorie der IKMR, wobei das R für „Rechtsbrecher“ steht. Als IKMR agierten in diesem Bereich wohl ausnahmslos wegen krimineller Delikte bestrafte Personen, da in der Regel keine „politisch negativen Personen“ geworben werden sollten. Durch das Zusammenwirken der verschiedenen IM-Gruppen der Abteilung VII des MfS und der KI konnte es vorkommen, daß bis zu neun inoffizielle Mitarbeiter auf einen Strafgefangenen angesetzt waren, zumal wenn dieser seine „negative“ politische Meinung offen bekundete. Durch diesen massiven Einsatz von IM gelang es der Staatssicherheit z. B. das Strafmaß einer politischen Gefangenen wesentlich zu erhöhen, da sie versuchte, Informationen von außerhalb der Haftanstalt zu erbringen.²²

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde der Abteilung XIV erlaubt, eigenständige IM unter den Strafgefangenen zu führen. Die Abteilung XIV war für die eigentliche Durchführung der Untersuchungshaft zuständig. Mit der Führung eigenständiger IM wurde die Abteilung XIV aufgewertet, hatte sie bis dahin doch den Ruf, nicht gerade die intelligentesten Mitarbeiter zu beschäftigen.²³ Diese IM sind nicht zu verwechseln mit den ZI der Abt. IX, da es sich hierbei auch nicht um Untersuchungshäftlinge handelt. Für Halle sind zwei Werbungen nachweisbar, wobei es sich bei einer IM um eine weibliche Strafgefangene handelt, die für die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Halle abgestellt wurde. Sie sicherte über eine Leitungsfunktion das dortige Arbeitskommando von eingesetzten Strafgefangenen ab. Unter dem Decknamen „Stefan“ berichtete sie über Einstellungen, Liebesbeziehungen, Verhalten und Verbindungen ihrer Mithäftlinge.²⁴

21 Vgl. Manfred Dietrich: „Möglichkeiten und Potenzen des Strafvollzuges und deren umfassende Nutzung durch die Abteilung VII für eine zielgerichtete Suche, Auswahl und Gewinnung geeigneter perspektivvoller IM unter Jugendlichen und Jung erwachsenen entsprechend den Bedingungen eines Jugendhauses und deren weiteren operativen Nutzung nach Haftentlassung durch die Fachabteilungen und territorialen Dienststellen des MfS“, MfS FS-A JHS MF GVS 180/83.

22 Vgl. BStU, ASt. Halle, AOPK 1388/83.

23 Vgl. Johannes Beleites: „Untersuchungshaft beim MfS“, Vortrag am 14.11.1997 auf der wissenschaftlichen Tagung des BStU, Abt. Bildung und Forschung zum Thema Staatssicherheit und politische Justiz“, 13. bis 14.11 1997 in Berlin.

24 Vgl. BStU, ASt. Halle, KD Merseburg, VIII 1517/88. Die IM verbüßte ihre Strafe wegen krimineller Delikte ursprünglich in einer Frauenhaftanstalt des Mdl und geriet schon dort ins Blickfeld der Abteilung VII des MfS. Die Überstellung in die Untersuchungshaftanstalt des MfS geschah auf Grund der beabsichtigten Werbung durch die Abt. XIV.

Die wesentlichen Aufgaben der Zelleninformatoren der Abt. IX werden vom MfS wie folgt definiert:

- „ - Von Mithäftlingen möglichst frühzeitig Informationen zu erlangen über
 - Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie über Mittel und Methoden feindlicher Zentren, Institutionen, Organisationen sowie feindlicher Kräfte,
 - die objektiven Umstände vorbereiteter, versuchter und begangener Straftaten, insbesondere Staatsverbrechen, über Schuld und Täterpersönlichkeit sowie über Mittäter und Mitwisser,
 - vorzubeugende und zu beseitigende, vor allem aus Straftaten resultierende Gefahren und Folgen, straffatsbegünstigende Bedingungen sowie weitere Mängel und Mißstände,
 - die Vollständigkeit und Objektivität gemachter Aussagen,
 - weitere Möglichkeiten, Beweismittel zu erarbeiten und Überprüfungsmaßnahmen durchzuführen,
 - sonstige politisch-operativ bedeutsame Fakten,
- die Persönlichkeit von Mithäftlingen, ihr Aussage- und sonstiges Verhalten und deren Motivation weiter aufzuklären, die Reaktion auf einzelne Untersuchungshandlungen, besonders Beschuldigtenvernehmungen und Beweismittelvorhalte, festzustellen, um u. a. auf dieser Grundlage ein wirksames vernehmungstaktisches Vorgehen festlegen und realisieren zu können,
- die von Mithäftlingen ausgehenden Gefahren für den Verlauf des Strafverfahrens sowie für die Sicherheit und Ordnung in den Untersuchungshaftanstalten bzw. im HKH (u. a. Kontaktversuche, destruktives Verhalten, Provokationen) rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern.“²⁵

Hinzu kommt noch die sogenannte „Lebenssicherung“ von selbstmordgefährdeten Häftlingen. Das war eine Aufgabe für die Zelleninformatoren, welche in den Kontaktgesprächen von den MfS-Mitarbeitern häufig als Anknüpfungspunkt und Legende genutzt wurde.

Wie bei den anderen IM-Kategorien gab es für den ZI Vergünstigungen. Diese sind nach der Richtlinie 2/81 z. B.:

- „ - Zusatzverpflegung zu erhalten;
- Presse- und Literaturerzeugnisse zu lesen;
- Rundfunk- und Fernsehsendungen zu empfangen

25 Richtlinie 2/81, S. 5f. Die Abkürzung HKH steht für „Haftkrankenhaus“.

- zusätzliche Postsendungen zu empfangen und zu versenden
- zusätzlich mit Angehörigen zu sprechen.“²⁶

Ebenfalls wurden in Ausnahmefällen kleine Geldbeträge in Höhe von 50 bis 100,- M gezahlt. Nach Auswertung der ZI-Akten betraf dies nur 6 bis 7 %.

Diese Vergünstigungen waren jedoch nicht das ausschlaggebende Moment für die Motivation der ZI, sondern ordnen sich in die Umerziehungsmaßnahmen des MfS ein, welche darauf gerichtet waren, die Bindung an das MfS zu verstärken.²⁷ Langfristig versuchten die Führungsoffiziere ein „Vertrauensverhältnis“ zum ZI aufzubauen und den Drang nach Vergünstigungen weitestgehend zu unterbinden. Das so entstandene „Vertrauensverhältnis“ war sehr einseitig. Es kam jedoch vor, daß sich ein ZI seinem Führungsoffizier scheinbar emotional öffnete und die eigenen Probleme offenbarte, um Kritik an seiner „wohlwollenden“ Berichterstattung über einen bestimmten Häftling abzuschwächen (Beispiel 11 (S. 118-122), Teil II, Bl. 65ff. Die Berichte über den gemeinten Betroffenen machen keinen „wohlwollenden“ Eindruck auf den Leser.). Es liegt nahe, daß hier die gleichen psychologischen Mechanismen wirkten, wie bei der Führung von Inoffiziellen Mitarbeitern durch Offiziere des MfS außerhalb von Haftanstalten. Psychologisch war es richtig, daß bei einem Treffen mit dem Führungsoffizier fast immer über die persönlichen Probleme des Zelleninformators geredet wurde, wenn auch an den Ursachen, schon aus konspirativen Gründen, nichts geändert wurde. In der Untersuchungshaft waren diese seelischen Probleme erheblich und die Zahl der Bezugspersonen wesentlich reduziert. Diese Umstände machten es dem Führungsoffizier leicht, die totale Kontrolle über einen ZI zu bekommen, um ihn für seine „Aufgaben“ zu befähigen. Das machte im wesentlichen den Erziehungsprozeß aus.

Aus verschiedenen Gründen ist es dem MfS nicht gelungen, die Untersuchungsgefangenen flächendeckend mittels ZI zu bespitzeln. So z. B. gab es Probleme mit der Konspiration, einen Mangel an geeigneten ZI-Kandidaten oder Führungsoffizieren. In vielen Fällen war der Beschuldigte von Anfang an voll geständig, so daß ein zusätzlicher Einsatz von ZI nutzlos war. Der genaue Prozentsatz der Durchsetzung mit ZI geht aus der Auswertung von Vorgangsbüchern der Abt. IX hervor. Daraus läßt sich folgende Aufstellung ableiten:

26 Ebenda, S. 26.

27 Vgl. 2/81, S. 14 f.

Jahr	Anzahl der Untersuchungsvorgänge der Abt. IX	Anzahl der Inhaftierten	Männer	Frauen	Anzahl der registrierten Zelleninformatanten	Anteil der ZI in % an den Inhaftierten
1981	149	148	114	34	6	4,05
1982	180	170	127	43	9	5,30
1983	165	147	105	42	9	6,12
1984	282	258	200	58	7	2,71
1985	252	172	141	31	21	12,20
1986	280	208	157	51	14	6,70
1987	281	140	117	23	9	6,42
1988	423	270	216	54	11	4,07
1989	521	269	234	35	17	6,31
gesamt	2533	1782	1411	371	103	5,78

Die durchschnittliche Anzahl der durch einen ZI bearbeiteten Personen liegt bei drei bis vier Mitgefangenen. So ist der Anteil der bearbeiteten Personen nie größer als 50 %, wenn man voraussetzt, daß alle ZI registriert sind.

Die ZI kamen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Nach der statistischen Auswertung von 100 ZI-Akten sind ca. 64 % Arbeiter, 2 % „Asoziale“ (Arbeitslose, die ihren Lebensunterhalt mit Kleinkriminalität bestritten), 2 % Lehrlinge, 1 % Selbständige, 7 % Intelligenz und 23 % Angestellte gewesen. Ca. 80 % waren Männer. Das Durchschnittsalter lag bei ca. 30 Jahren.

Die Herkunft und persönliche Lebensgeschichte war ebenso unterschiedlich. Sie reichte vom ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS²⁸ bis zu Kindern von höheren SED-Funktionären.²⁹ Informanten, welche aus den Reihen der Bewaffneten Organe (kriminelle MfS-Angehörige, Polizisten usw. kamen in die Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit, auch wenn sie kein politisches Delikt begangen haben) stammten, durften nicht ihre wahre Tätigkeit verraten. Sie mußten eine Legende gebrauchen (Beispiel 4 (S. 40): Teil I, Bl. 22). Wenn diese Legende „platze“, sorgten interne Kommunikationswege der Untersuchungshäftlinge dafür, daß vor diesem Insassen gewarnt wurde (Beispiel 5 (S. 42): Teil I, Bl. 41).

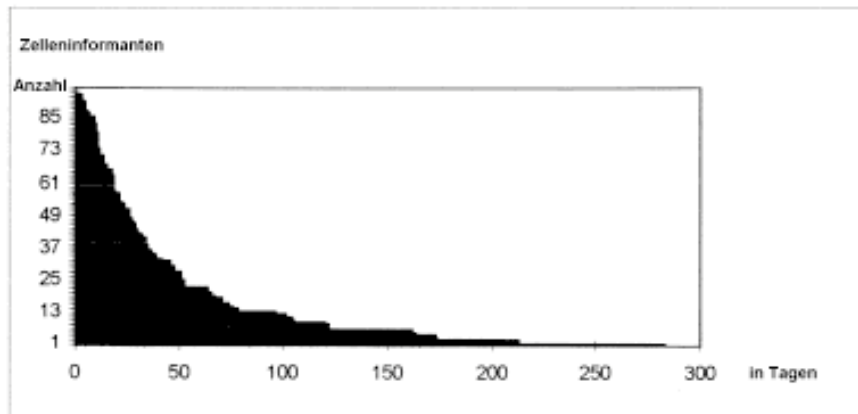
28 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4089/87, Teil I.

29 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4467/85, Teil I, AZI 2596/84 (siehe S. 36-40), Teil I, und AZI 2410/89, Teil I.

3.2. Die Werbung und Verpflichtung von Zelleninformatoren

Die Richtlinie 2/81 des MfS enthält genaue Anweisungen über den in Frage kommenden Personenkreis und die Form der Werbung als Zelleninformatoren. Die Kandidaten mußten zu ihrer eigenen „Straftat“ aussagebereit sein und sich von dieser distanzieren. Der Begriff „Straftat“ wird hier im Verständnis des MfS gebraucht. Von den ZI waren ca. 70 % für Vergehen inhaftiert, die heute rehabilitiert werden (z. B. Republikflucht oder öffentlich wirksames Auftreten, um die Ausreise zu erzwingen). Der teilweise kriminelle Hintergrund, das Land zu verlassen, wie drohende Ermittlungen wegen Betrug, Postraub, Einbruch usw., spielte bei der Staatssicherheit eine untergeordnete Rolle. Der Kandidat mußte in der Lage sein, objektiv zu berichten und die entsprechenden Kontakte zu Mithäftlingen herstellen zu können. Um die Auswahl treffen zu können, standen dem Führungsoffizier die Unterlagen des Kandidaten zur Verfügung. Ebenso konnte er Erkenntnisse aus der Teilnahme an den Vernehmungen und aus den Kontaktgesprächen gewinnen. Hinweise für die Eignung konnte der Mitarbeiter auch durch Einsatz operativer Technik (Beispiel 6 (S. 55): Teil I, Bl. 14) oder anderer ZI erhalten. Aufgrund der gesammelten Informationen wurde dann der Vorschlag zur Werbung (Beispiel 7 (S. 60f.): Teil I, Bl. 7f. und Beispiel 8 (S. 74ff.): Teil I, Bl. 13 ff.) erarbeitet, der vom jeweiligen Abteilungsleiter bestätigt werden mußte. Jeder Vorschlag zur Werbung bezieht sich auf die schon zitierte Richtlinie 2/81 des Ministers für Staatssicherheit. Im Gegensatz zu den IM in anderen Abteilungen bekamen nur 34 % der Zelleninformatoren Decknamen. Die Gründe hierfür sind nicht ersichtlich, da ansonsten sehr auf Konspiration geachtet wurde. Ebenfalls läßt sich anhand des gesichteten Quellenmaterials nicht feststellen, welche Kriterien bei der Vergabe eines Decknamens an ZI angewendet wurden. Infolge der zeitlich begrenzten Aufenthaltsdauer wurden die meisten Werbungen sehr schnell vorgenommen. Mehr als die Hälfte der ZI-Kandidaten unterschrieb die Verpflichtung innerhalb der ersten 30 Tage (Vgl. Abbildung S. 16).

Wenn der Werbungsvorschlag vom Abteilungsleiter bestätigt wurde, erfolgte die Werbung, über die ein entsprechender Bericht angefertigt wurde (Beispiel 6 (S. 56), Teil I, Bl. 28). Wichtig war die Verpflichtung des Häftlings, die in der Regel schriftlich abgenommen wurde (Beispiel 2 (S. 32): Teil I, Bl. 10). 71 % der Werbungen sind auf der Basis der „Wiedergutmachung“ entstanden. Voraussetzung war, daß die ZI ihre „Straftat“ bereuten. Mit ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit versprach sich diese Gruppe ein geringeres Strafmaß bei der Verurteilung, oder eine frühzeitige Entlassung. Das Wiedergutmachungsmotiv wird zum Teil schon in der Verpflichtungserklärung formuliert (Beispiel 2 (S. 32): Teil I, Bl. 10). Bei 15 % wird in den Akten kein ausdrückliches Motiv ersichtlich.



8 % der ZI versprechen sich von ihrer Tätigkeit für das MfS persönliche Vorteile beim Strafvollzug, die z. B. in Sonderrationen von Kaffee oder frühzeitiges Erhalten von Post (Beispiel 9 (S. 88 u. 90): Teil I, Bl. 15 und 21), Geldprämien und Sondersprechern mit der Ehefrau (Beispiel 10 (S. 96): Teil I, Bl. 54) bestanden. 3 % verpflichteten sich aus Überzeugung, 1 % um schneller in die Bundesrepublik zu gelangen³⁰, 1 % um doch noch studieren zu können³¹, 1 % aus Abenteuerlust³² und kurioserweise 1 % aus dem inneren Drang, militärischen Vorgesetzten zu gehorchen.³³

Bei der Auswahl des Kandidaten spielten „Delikt“ und „Nationalität“³⁴ keine Rolle, im Gegensatz zu den IKMR der KI. Ca. 54 % der Zelleninformatoren hatten als Strafhintergrund „Versuchte Republikflucht“, wobei dies nach Aktenlage bei ca. der Hälfte im Anschluß an eine kriminelle Tat geschah. Diese Delikte reichten von Diebstahl³⁵ bis hin zu versuchten Mord.³⁶ Diese ZI wollten sich einer Bestrafung entziehen. Andere wollten ihrem Lebenspartner folgen,

30 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3967/86, Teil I.

31 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4772/81, Teil I (siehe S. 55ff.).

32 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2262/84, Teil I

33 So jedenfalls nach MfS-Lesart. Die Staatssicherheit lobt diese innere Einstellung. Es wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß er diese „positive“ Haltung aus seiner Militärzeit hat. Es handelt sich dabei um den unter Fußnote 28 genannten ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS.

34 12 % der Inhaftierten waren Ausländer, vgl. Information zur Forschungsarbeit..., S. 7.

35 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3040/89, Teil I.

36 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 1474/89, Teil I.

bzw. in der Bundesrepublik ein besseres Leben führen. Eine ZI, die mit ihrem Freund die Grenze überwinden wollte, äußerte sich schon im ersten Kontaktgespräch empört über die „negativen politische Einstellungen“ ihrer Mitgefangenen.³⁷ Ca. 12 % der inhaftierten ZI waren ausschließlich wegen der politischen „Delikte“, wie öffentlicher Herabwürdigung oder Beeinträchtigung und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen angeklagt. Andere ZI wurden des Postraubes³⁸, Betrugs³⁹, Rechtsextremismus⁴⁰, Terrorismus (Brandanschläge auf öffentliche Einrichtungen und die SED-Kreisleitung)⁴¹, Diebstahls⁴², und „Menschenhandels“⁴³ beschuldigt.

Gründe für das Ausschließen einer Werbung waren z. B. „Prahlsucht“, „abnorme“ Persönlichkeit, „Unehrllichkeit“, Zweifel an der Bereitschaft und ausgeprägte „politisch negative“ Haltung.⁴⁴ Das MfS bezog den Begriff Ehrlichkeit nur auf den Inhalt der Berichterstattung. Gerade die ZI wurden zur Konspiration, zum Lügen und Benutzen von Legenden beauftragt. Ganz abgesehen von den 12 % der ZI mit einem allgemeinen kriminellen Hintergrund (z. B. ausschließlich Eigentumsdelikte), die ja gerade wegen Unehrllichkeit inhaftiert waren. Ebenso durften auch keine ZI für die Aufklärung der eigenen Straftaten und zur Aussage bei der Hauptverhandlung Beschuldigter geworben werden. Die Anwerbungsphase mußte so gestaltet werden, daß der Mitarbeiter den Vorgang jederzeit abbrechen konnte, ohne daß dem MfS dadurch ein Schaden entsteht, d. h. der Kandidat wurde über die Absichten des MfS im unklaren gelassen.⁴⁵

Trotz der umfangreichen Aufklärungsmaßnahmen und Analysen kam es zu Fehlschlägen, wie z. B. im ZI-Vorgang mit Decknamen „Dieter“ (Beispiel 5). Hier konnte der Führungsoffizier nicht einmal klären, ob „Dieter“ objektiv nicht in der Lage war oder subjektiv einfach nicht als ZI arbeiten wollte. Die Formulierungen des Führungsoffiziers, die in Bezug auf „Dieter“ Worte wie, „verschlagen“, „primitiv“ usw. enthalten, lassen in diesem Fall auf eine starke persönliche Abneigung folgern. Äußerungen „Dieters“ im Kontaktgespräch

37 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 965/89, Teil I (siehe S. 26ff.).

38 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4466/85 Teil I und AZI 275/89, Teil I.

39 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2231/86, Teil I.

40 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3035/89 und Teil I, AZI 3036/89, Teil I.

41 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2409/89, Teil I.

42 Vgl. z. B. BStU, Ast. Halle AZI 3714/86 (siehe S. 105ff.), Teil I und AZI 2597/84, Teil I (siehe S. 42ff.).

43 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2598/84, Teil I (siehe S. 129ff.).

44 Vgl. Richtlinie 2/81, S. 9.

45 Vgl. ebenda, S. 13.

lassen darauf schließen, daß dies in einer Art Verhörsituation geführt wurde und sich der U-Häftling nicht im klaren war, wem er gegenüber saß. (Beispiel 5 (S. 44): Teil I, Bl. 44). Dies, obwohl „Dieter“ Angehöriger der Volkspolizei war und durchaus schon vorher Kontakte zu hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit hatte.

Ebenso schätzten die MfS-Mitarbeiter einen U-Häftling falsch ein (Beispiel 2), der nach anfänglichem Nachgeben seinen Antrag auf Ausreise aufrecht erhielt und die Zusammenarbeit ablehnte.

Eine weitere Fehlleistung war die Aufklärung des ZI (Beispiel 11: Teil I), der weder einen Fachschulabschluß hatte, noch die mittlere Reife absolvierte. Der Zelleninformatoren war laut forensischem Gutachten psychopathisch veranlagt. Trotzdem war die Werbung erfolgreich und er lieferte „gute“ Berichte (Beispiel 11: Teil II).

3.3. Einhaltung der Konspiration

Zelleninformatoren waren unter den Häftlingen gefürchtet und besonders verhaßt. Diese Tatsache war dem MfS und den ZI bewußt und zumindest für den ZI eine wesentliche Motivation zur Einhaltung der Konspiration (Beispiel 1 (S. 27): Teil I, Bl. 43; Beispiel 8: Teil I, Bl. 16; Beispiel 5 (S. 46ff.): Teil I, Bl. 48f.). Da das MfS grundsätzlich jedem mißtraute, wurden die ZI zusätzlich durch operative Technik kontrolliert. Meistens wurde direkt nach dem Kontakt mit dem Führungsoffizier die Abhörtechnik in der Zelle des ZI eingeschaltet, um in Erfahrung zu bringen, ob der ZI sich an die ihm auferlegten Verhaltensgrundsätze hält und sich nicht dekonspirierte (Beispiel 13 (S. 126): Teil I, Bl. 36, Beispiel 6 (S. 57): Teil I, Bl. 29).

Zur konspirativen Geheimhaltung wurde der Zelleninformatoren von seinem Führungsoffizier auch gegenüber dem Vernehmer angehalten (Beispiel 4 (S. 37): Teil I, Bl. 18; Beispiel 5 (S. 44): Teil I, Bl. 44). Das Groteske des doppelten Spieles mit der Konspiration wird deutlich, wenn einerseits der ZI seinem Vernehmer nichts über seine Zusammenarbeit mit dem Führungsoffizier sagen darf, andererseits der Vernehmer Bescheid weiß, sich dieses aber nicht anmerken lassen soll (Beispiel 14 (S. 132): Teil I, Bl. 22).

Die Lage der Treffzimmer war ebenso geheim wie die Ausstattung der Zellen westdeutscher U-Häftlinge mit Fernseher. Ein Wissen um diese Privilegien bundesdeutscher Untersuchungsgefangener wurde in der Personalakte des dort eingesetzten ZI protokolliert, da auch dies der Geheimhaltung unterlag. So heißt es in einer Aktennotiz vom 4.7.89: „Der ZI wurde bisher nur in Zimmer 11

bzw. 22 getroffen, hat also kein ZI-Zimmer kennengelernt. Neben der Abschöpfung von Beschuldigten wurde sie zur Kontrolle und Lebenssicherung der [REDACTED] eingesetzt. Diese Aufgaben führte sie gewissenhaft und unter Einhaltung der Konspiration durch. Sie lernte dabei einen VWR mit Fernsehen kennen.⁴⁶

Trotz aller Anstrengungen zur Geheimhaltung, schöpften einige Häftlinge Verdacht und warnten vor möglichen Zelleninformatoren (Beispiel 4 (S. 39): Teil I, Bl. 21). Andere Versuche, Zelleninformatoren zu enttarnen, endeten damit, daß sich der Betroffene sehr entrüstete, Gewalt androhte (Beispiel 15 (S. 139): Teil II, Bl. 32) oder einfach andere Häftlinge der Spitzeltätigkeit beschuldigte.⁴⁷

3.4. Inhalte der Berichte

Grundsätzlich zeigte die Untersuchungsabteilung Interesse an allen nur möglichen Informationen. Die Zelleninformatoren berichteten nicht nur über Mitgefangene, sondern zum Teil über das Verhalten der hauptamtlichen Mitarbeiter der Abteilung XIV und die Sicherheit in der Untersuchungshaftanstalt (Beispiel 16 (S. 143f.): Teil II, Bl. 291f.). Hier denunzierten Zelleninformatoren z. B. Schließer, die sich auf Gespräche mit Häftlingen einließen⁴⁸ oder andere menschliche Regungen zeigten. Das konnte eine harte Bestrafung der Angehörigen des Strafvollzuges nach sich ziehen.⁴⁹ Ebenso berichteten ZI über rassistische Äußerungen des Personals gegenüber ausländischen Inhaftierten.⁵⁰ Gegenstand der Berichterstattung war auch das taktische Verhalten des Mithäftlings gegenüber dem Vernehmer (Beispiel 11 (S. 110): Teil II, Bl. 39). ZI berichteten unter anderem über ihren ehemaligen Arbeits- und Tätigkeitsbereich, z. B.

- über die Jugendhaftanstalt in Dessau,⁵¹
- unhaltbare Zustände in der NVA (Disziplinverstöße, Alkoholmißbrauch, sexuelle Ausschweifungen),⁵²

46 BStU, Ast. Halle, AZI 2858, Teil II, Bl. 11. Die Schwärzung (Name einer inhaftierten Bundesbürgerin) wurde durch die Behörde des Bundesbeauftragten vorgenommen. Die Abkürzung VWR steht für Verwahrraum.

47 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4467/85, Teil II.

48 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2260/84, Teil II

49 Vgl. Beleites S. 4.

50 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 275/89, Teil II.

51 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4085/87, Teil II (siehe S. 142ff.).

52 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 1688/86, Teil II.

- Rechtsradikalismus in der NVA,⁵³
- militärische Einrichtungen in Westdeutschland,⁵⁴
- Ausländerkriminalität,⁵⁵ Rauschgiftkriminalität in der DDR,⁵⁶
- operativ interessante Verbindungen in der eigenen Familie (Onkel im Konstruktionsbüro eines Autokonzerns),⁵⁷
- oppositionelle Bestrebungen im CDU-Kreisverband Sangerhausen⁵⁸ usw.

84 % der Berichte bezogen sich jedoch auf Mithäftlinge.⁵⁹ Inhaltlich sind dabei folgende Schwerpunkte festzustellen:

- 62 % der Berichte beschäftigen sich mit den Tatumständen der Mithäftlinge
- 41 % geben Personeneinschätzungen, z. B. zum psychischen Zustand, zu Schwachpunkten (Angst um Familienangehörige), zu Eigenheiten im Verhalten der Mithäftlinge, politische Einstellung usw.
- 11 % berichten über die Kommunikation der Untersuchungsgefangenen untereinander (Klopffzeichen, Kassiber, Wandschriften in „Freigangzellen“, Zurufen aus Fenstern und Gespräche über Steckdosen und leergeschöpftes Toilettenrohrsystem)
- 7 % direkt über Mitwisser der Straftat anderer Mithäftlinge.

Insgesamt berichteten die ausgewerteten 100 Informanten über 428 Mithäftlinge, wobei es häufig vorkam, daß ZI sich gegenseitig bespitzelten. Hiermit wurde die Ehrlichkeit ihrer Angaben überprüft. Einige haben sich auch generell geweigert, zu berichten, sind entweder aus moralischen Gründen nach anfänglicher Bereitschaft ausgestiegen,⁶⁰ haben sich nur zur Lebenssicherung suizidgefährdeter Mithäftlinge bereit erklärt⁶¹ oder schon am Anfang ihrer

53 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2929/85, Teil II. Bei diesem und dem vorhergehenden Zelleninformatoren handelt es sich um fahnenflüchtige NVA-Angehörige, die in die Bundesrepublik flüchten wollten.

54 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 1920/88, Teil II und AZI 2259/84, Teil II. Bei beiden Zelleninformatoren handelt es sich um Bürger der Bundesrepublik.

55 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3037/89, Teil II.

56 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 61/86, Teil II.

57 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3032/89, Teil I.

58 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2131/85, Teil II.

59 Alle Zahlen (auch die folgenden Angaben in Prozenten) beziehen sich auf statistische Auswertung von 100 Zelleninformatantenakten. Ausgewählte Berichte, die als typisch einzuschätzen sind, befinden sich im Dokumententeil.

60 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2929/85.

61 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3385/88, Teil I (siehe S. 34).

Tätigkeit total verweigert.⁶² Die ZI mußte aber dafür erhebliche Nachteile, wie sofortiger Strafantritt und eine hohe Haftstrafe auf sich nehmen.

Bei den Tatumständen interessierte vor allem, ob die Untersuchungsgefangenen Verbindungen mit Menschenrechtsorganisationen aus der Bundesrepublik („Hilferufe von Drüben“, „amnesty international“) oder bundesdeutschen Massenmedien aufgenommen haben. In allen ausgewerteten schriftlichen Berichten der Zelleninformatoren sind Textstellen vom Führungsoffizier unterstrichen, in denen Informationen über derartigen Verbindungen enthalten sind.

In den Berichten der ZI fielen gleichfalls Informationen über Gesetzesverstöße von Mithäftlingen an, welche nicht Gegenstand des Ermittlungsverfahrens sind. So z. B. Informationen über den Handel mit gebrauchten Autos⁶³ oder Korruption bei der Verkehrspolizei. Es handelt sich bei den Korruptionsvorwürfen um einen angeblichen Fall von Devisenbeschaffung durch Verkehrspolizisten. Ein VP-Angehöriger erzählt einem ZI, daß bundesdeutsche Autofahrer sich durch ein Bestechungsgeld, welches an den entsprechenden Verkehrspolizisten gezahlt wurde, von Ordnungsstrafen freigekauft hätten.⁶⁴

Einige Zelleninformatoren schrieben auftragsgemäß alles auf, was von Interesse für die Staatssicherheit sein könnte, bis hin zu Mitteilungen über die Schriftsteller- und Kulturszene. Neben vielen „Allgemeinplätzen“ kommen konkrete Informationen, wo z. B. ein bekannter DDR-Autor ein Buchmanuskript über den Vietnamkrieg versteckt hält, welches er aus politischen Gründen nicht veröffentlichen darf.⁶⁵

Inwieweit alle geschilderten Sachverhalte der Wahrheit entsprechen, kann im einzelnen nicht beurteilt werden. Einiges, was von den Mithäftlingen erzählt wird, hört sich unwahrscheinlich an. Da ist z. B. von Nachbarn die Rede, welche beim MfS arbeiten sollen und durch den U-Häftling elektronisch überwacht wurden.⁶⁶ Das ist unter Umständen die Ausgeburt einer gewissen Prahlucht. Trotzdem gibt es dem Vernehmer Hinweise auf die Persönlichkeit des Untersuchungshäftlings. Zieht man die Taktik der Untersuchungsführer in Betracht, den Untersuchungshäftling erst mal eine geraume Zeit in Einzelhaft zu halten, um ihm dann einen ZI in die Zelle zu schicken, kann man davon ausgehen, daß ein großes Gesprächsbedürfnis vorhanden war.

62 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 134/87, Teil I.

63 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3034/89, Teil II (siehe S. 126ff.).

64 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2264/84, Teil II.

65 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3037/89, Teil II.

66 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 4085/87, Teil II, Bl. 277f.

3.5. Auswirkungen auf die Betroffenen

Durch den hohen Grad der Konspiration befinden sich keine ZI-Berichte in den Untersuchungsakten und keine direkten Vermerke auf eine konkrete Information durch einen Zelleninformatoren mit Angabe der Quelle. Es finden sich jedoch in der Untersuchungsführung des Vernehmers, in den Abschlußberichten der ZI-Akten und in den Personalunterlagen der ZI eindeutige Hinweise auf die Wirksamkeit der IM-Berichte. Da heißt es z. B. in einem Abschlußbericht eines ZI: „Die von ihm erarbeiteten Informationsberichte waren im wesentlichen eine Bestätigung bereits in dem jeweiligen Ermittlungsverfahren bearbeiteter Fakten. Der Inhalt seiner Berichte war objektiv und wahrheitsgemäß. Von ihm erbrachte Informationen zu Verhaltensweisen und Reaktionen waren geeignet, um vernehmungstaktische Maßnahmen zum Beschuldigten einzuleiten.“⁶⁷ In einem anderen Abschlußbericht wird formuliert: „Bei der Bearbeitung der Einsatzrichtung war für [REDACTED] (ZI, Anm. Verf.) kennzeichnend, daß er sich an die gegebenen Instruktionen hielt und somit relativ schnell das Vertrauen der Untersuchungsgefangenen gewann und dadurch insbesondere bei dem Untersuchungsgefangenen [REDACTED] gute Arbeitsergebnisse erzielte. Diese kamen darin zum Ausdruck, daß er die Persönlichkeit des [REDACTED] tiefgründig analysierte und einschätzte, was bedeutsam für die Konkretisierung des vernehmungstaktischen Vorgehens gegenüber [REDACTED] war. Ferner veranlaßte er den [REDACTED] zu ersten Teilgeständnissen hinsichtlich der Verletzung der Straftatbestände § 242 und 247 StGB.“⁶⁸

In anderen Abschlußberichten wird ausgesagt, daß der ZI Mithäftlinge mit seinen Berichten belastete. Dies kommt in direkten Formulierungen wie: „Bei den Treffs schrieb sie Berichte über Beschuldigte, wobei sie vor Belastungen nicht zurückschreckte“⁶⁹ zum Ausdruck. Die Einflußnahme der ZI ging so weit, Mithäftlinge zur Aussagen zu bewegen (Beispiel 12 (S. 124): Teil I, Bl. 34).

Die Untersuchungsabteilung kontrollierte durch die ZI die Kommunikationswege der Untersuchungshäftlinge. Dadurch konnten diese nicht nur unterbunden werden, sondern man bekam Informationen über den Erkenntnisstand der Betroffenen über ihr Verfahren und die Ermittlungen des MfS. So z. B. bei einer Familie, die aufgrund gesellschaftlicher Schikanen die DDR verlassen wollte. Eine Möglichkeit war die Zuhilfenahme einer Fluchthilfeorganisation aus Westberlin. Die Familie nahm über einen in der DDR wohnenden Ausländer

67 BStU, Ast. Halle, AZI 2319/82, Teil I, Bl. 52.

68 BStU, Ast. Halle, AZI 2131/85, Teil I, Bl. 73 f. Die Schwärzungen sind durch die Behörde des Bundesbeauftragten vorgenommen worden.

69 BStU, Ast. Halle, AZI 2413/89, Teil I, Bl. 32.

Kontakt mit einem Westberliner auf, der sich im Umfeld dieses kommerziellen Fluchthilfeunternehmens bewegte. Bei diesen beiden Kontaktpersonen handelte es sich jedoch um den IMB (Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung) „Ali“ und den IM „Salvador“.⁷⁰ Das Ehepaar kam somit nur mit inoffiziellen Vertretern des MfS zusammen. Die Staatssicherheit kannte von Anfang an die Aktivitäten des Ehepaars. Der „richtige“ Kontakt mit der Schleuserorganisation hatte nicht stattgefunden. Durch ZI-Berichte konnte das „Untersuchungsorgan“ feststellen, daß beide Betroffene das „Spiel“ der Staatssicherheit nicht durchschaut hatten (Beispiel 7 (S. 65), Teil II, Bl. 34 ff.). Dadurch konnte das MfS am Ende der Untersuchung die Anklage noch um den Vorwurf der Zusammenarbeit mit einer „kriminellen Menschenhändlerbande“ erweitern.

Kleinere Denunziationen gab es häufig. So entwendete ein Untersuchungshäftling einen Kugelschreiber von seinem Vernehmer. Diese Tatsache wurde erst durch einen ZI-Bericht bekannt und der Kugelschreiber bei einer Zellendurchsuchung einbehalten. Der Denunzierte mußte eine schriftliche Stellungnahme zu seinem „Disziplinverstoß“ schreiben (Beispiel 10 (S. 99 u. 100): Teil II, Band 2, Bl. 204 und 230f.).

In einem anderen Fall führten ZI-Berichte zur vorzeitigen Entlassung des Untersuchungsgefangenen. Das Bild seines Verhaltens, welches der Zelleninformatoren beschrieb (Beispiel 8 (S. 77ff.): Teil II, Bl. 91 ff.) bestätigte die Einschätzung, die sich im Lauf der Untersuchung ergeben hatte. Der Betroffene kam frei, weil hier offensichtlich kein bewußtes politisches Handeln der Hintergrund seiner „Straftat“⁷¹ war.

Durch Berichte, welche ZI über Sachverhalte aus ihrem früheren Leben gaben, verlor ein hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter seine Arbeitsstelle. Die Familien der Zelleninformatoren und des MfS-Offiziers waren früher befreundet. Die ZI berichtete über unerlaubte Westkontakte und dem Besitz von Westgeld des Staatssicherheitsmitarbeiters, worauf dieser sofort entlassen wurde.⁷² Gegen einen anderen MfS-Mitarbeiter wurde aufgrund eines anderen ZI-Berichtes ermittelt (Beispiel 10 (S. 102), Teil II, Band 2, Bl. 243).

Ebenso nutzte das MfS das Insiderwissen eines ZI aus Kreisen der Menschen, welche einen Antrag auf ständige Ausreise aus der DDR gestellt hatten, um organisierte Treffen Ausreisewilliger in Halle zu verhindern.⁷³

70 Vgl. BStU, Ast. Halle, AU 2/84 und AOP 2362/82.

71 Es handelte sich dabei um aufgeschriebene konfuse Sprüche, hinter denen das MfS einen organisierten politischen Hintergrund vermutete.

72 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3113/85.

73 Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 2230/86

3.6. Weitere Perspektiven des Zelleninformatoren

Die Untersuchungshaft erzeugte ein besonderes Unterwerfungs- und Abhängigkeitsverhältnis, welches sich auch in unterwürfigen Dankschreiben an den Führungsoffizier ausdrücken konnte (Beispiel 10 (S. 95): Teil I, Bl. 52).⁷⁴ Dieses nutzte das MfS aus, um einmal gewonnene inoffizielle Mitarbeiter perspektivisch einzusetzen, sei es im Strafvollzug für die Abt. VII oder nach ihrer Entlassung in dem jeweiligen Lebensbereich. 5 % haben schon vor der U-Haft konspirativ mit dem MfS oder der KI gearbeitet. 58 % der Zelleninformatoren erklärten sich bereit, für das MfS inoffiziell weiterzuarbeiten. Dieses geschah teilweise schon schriftlich in der Entpflichtungserklärung (Beispiel 5 (S. 48): Teil I, Bl. 51). Mindestens 24 % der ZI sind an entsprechende Dienststellen übergeben worden. Im Regelfall kümmerte sich das MfS um die Wiedereingliederung in entsprechend „operativ interessante“ Positionen. Mindestens 35 % brauchten ihre Haftstrafe nicht anzutreten.⁷⁵ Es handelt sich dabei um ZI, die besonders zuverlässig, initiativreich und ehrlich berichtet haben (Beispiel 11, Teil II).

⁷⁴ Es gab eine Reihe ähnlicher Schreiben, Urlaubskarten und herzliche persönliche Einladungen an den Führungsoffizier und seiner eventuell vorhandenen Frau zum gemütlichen Treffen am Kamin der eigenen Datsche. Vgl. BStU, Ast. Halle, AZI 3112/85, Teil I, und AZI 2267/89. Solche Dinge waren dem MfS nicht angenehm und man versuchte, dies schnell zu unterbinden.

⁷⁵ 2 % davon fallen jedoch unter die allgemeine Amnestie.

4. Dokumententeil

4.1. Beispiel 1:

AZI 965/89

Bei der Zelleninformatorenin handelt es sich um eine junge Frau, die wegen „versuchter Republikflucht“ in Untersuchungshaft war. Während ihrer inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS berichtete sie über vier Mithäftlinge. Sie erstellte Persönlichkeitsbilder, beschrieb Familienverhältnisse, berichtete über die Kommunikation zwischen den U-Häftlingen (Klopfen) und Fluchtpläne. Die folgenden Auszüge aus ihrer Personalakte dokumentieren, daß sie nach anfänglichen guten „Arbeitsergebnissen“ zur vorzeitigen Haftentlassung vorgeschlagen wurde. Da sie jedoch ihre Absicht, in der DDR zu bleiben, widerrief, wurde sie in den Strafvollzug überstellt. Sie erklärte sich jedoch bereit, weiter für das MfS zu arbeiten. Bei diesem Gespräch äußerte sie Angst vor einer Dekonspiration und der Rache ihrer Mithäftlinge.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 965/89, Teil I, Bl. 30, 43, 44, 48, 49

Halle 12.1.1989
stok-wa 162 / 89

Abt. IX

BS:U
000030

Ministerium für Staatssicherheit
Hauptabteilung IX
Beauftragter für Sonderaufgaben

Berlin

Strafgefangene [REDACTED]

Die Strafgefangene

Geb.am: [REDACTED]
Wb.: HW [REDACTED]
Mitglied der SED von [REDACTED]

wurde am 23.12.1988 durch das Kreisgericht [REDACTED] wegen versuchten-
ungesetzlichen Grenzübertretts im schweren Fall zu einer Freiheits-
strafe in Höhe von 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt.
Während ihres Aufenthaltes in der Untersuchungsanstalt Halle,
insbesondere nach dem Besuch ihrer [REDACTED] 11.1988, gelangte
sie zu der Überzeugung, daß sie mit ihrer strafbaren einen großen
Fehler beging. In einer schriftlichen Erklärung vom 29.11.1988
legte sie dar, daß sie endgültig ihre Absicht aufgegeben hat, die
DDR zu verlassen. In der Folgezeit schrieb sie 2 Briefe an ihren
Mittler [REDACTED] dessen Ermittlungsverfahren durch die
Abteilung IX der BV [REDACTED] bearbeitet wird, um auch diesen zu ver-
anlassen, für ständig in der DDR zu verbleiben, wobei dessen
Reaktion darauf noch aussteht.
Die [REDACTED] war keine Übersiedlungsversuchende. zur Begehung ihrer
Straftat wurde sie durch den [REDACTED] beeinflusst, zu dem sie seit
Jahren hartnäckiger Antragsteller auf Übersiedlung nach der BRD
ist.
Am 5.12.1988 wurde sie gemäß RL 2/81 verpflichtet, und sie leistete
eine gewissenhafte und ehrliche Zusammenarbeit.
Seitens der Abteilung IX wird die Prüfung einer strafausschüttung
auf Bewährung gem. § 349 StPO im Verlaufe des Februar 1989 vor-
geschlagen.
Es wird um Zustimmung zu dieser Maßnahme gebeten.

Leiter der Abteilung
[REDACTED]
Stenker
Oberstleutnant

30.1.1989

BS:U
000043

Aktenvermerk

[REDACTED]

Nach vorheriger Vereinbarung wurde hier zusammen
mit dem Gen. Major Scheinzig, Abt. IX, ein Treff mit der
[REDACTED] durchgeführt.

Zielstellung war die Vorbereitung der [REDACTED] auf
die Übernahme durch die Abt. IX.

Nachdem die [REDACTED] mit Gen. Scheinzig bekannt
gemacht wurde. (verantwortliches Offizier für die
Transit-StVE), stellt er ihr die Frage, ob sie zu
weiteren inoffiziellen Zusammenarbeit ein Infor-
mationsbereit sei. Nach ausführlichem Gespräch mit
der Begründung, daß sie Angst habe, stürzte
sie zu. Ihre Angst lag sich darauf, daß ihre
inoffizielle Tätigkeit eventuell durch Strafverfahren
bekannt werden könnte. Ihr wurde eindeutig -
mitgeteilt, daß für ihre Sicherheit gesorgt wird und
daß nicht passiert, wenn sie sich an die Abmachung
hält. Über konkrete Fragen, wie Verbindungsproben
und Auftrag, wurde beim Treff noch nicht mit
ihr gesprochen. Darüber soll sie beim nächsten Treff
unterrichtet werden.

Sie dankte vor, daß sie nach wie vor nach der
BRD gelangen will, um mit ihrem Freund zusam-
men sein zu können. Lieber wäre es ihr, wenn

- 2 -

der Freund in der ZDR verblieb, aber wie sie ihm bekannt, wird es nie mehr nach der Straftat nicht mehr dazu bereit stehen.

Große Angst hat sie ferner, daß sie BS:U Strafbefehl mit ausgesprochenen Kriminaltendenzen zu einer Menschenkenntnis, denen sie nicht gewachsen ist. Es wurde versucht, ihr diese Angst zu nehmen. Eine direkte und offensive Einflussnahme auf eine von ihr gewünschte Tätigkeit sei jedoch aus Gründen der Konspiration nicht möglich. Dafür zeigte sie auch Verständnis.

Gen. Major Schlusitz sicherte der [REDACTED] zu, mit ihrem Freund, der sich z.B. in [REDACTED] befindet, ein unbefugenes Gespräch führen zu lassen mit dem Ziel, daß er auf den zweiten Brief der [REDACTED] schriftlich antwortet.

Über einen weiteren Schriftverkehr zwischen beiden wird in der Folge entschieden. Die [REDACTED] ließe wissen, daß sie ihm so früh als möglich von ihrem Entschluß, mit ihm in die BRD zu gehen, in Kenntnis setzen werde. Es wurde daraufgelegt, daß zunächst seine unbefugte Rückantwort auf seinen letzten Brief abgewartet werden muß.

Stackbauer, Major

Operative Auskunft - streng geheim!

MfS/BV Halle BS:U
 MA/Abt./KD Abteilung IX 000048
 Mitarbeiter Stackbauer

Hle AZI 965/89
Bestandswertmarka der Akt. 33
 Rückgabefrist innerhalb von 30 Tagen, soweit keine Zuordnung zu registrierten Vorgängen und Akten erfolgt.

Abschlußbericht zu IM-Vorgang/IM-Vorlauf/GMS-Akte*
(Der Abschlußbericht ist als schriftliche Archivauskunft zugelassen.)

Reg.-Nr. VIII 2528/88
 Datum 12.12.1988

Mit Schreibmaschine ausfüllen!

Name [REDACTED]	Vorname [REDACTED]
Geburtsname [REDACTED]	weitere Namen [REDACTED]
PKZgeb. am [REDACTED]	in [REDACTED]
Staatsangehörigkeit DDR	Partei/Massenorganisationen
Declarante: ohne	Datum der Konstatierung: 1. 12. 1988
IM-Kategorie: ZI	Datum der Werbung: 5. 12. 1988
Unterschiedsnummer: 	geworben durch DE-Mitarbeiter: Major Stackbauer
Übergeben an: BV Halle, Abteilung VII	

Die Werbung erfolgte auf der Basis der Überzeugung/Werbungsmachung [REDACTED] [REDACTED].
 Es erfolgte eine [REDACTED] schriftliche Verpöschung.

Einschätzung der Zusammenarbeit bei IM-Vorlauf der wesentlichen Aufklärungsergebnisse:

Von Beginn an war Interesse an der Zusammenarbeit spürbar. Hat schriftliche Berichte zu Personen gefertigt. Brachte [REDACTED] Skrupel vor, über Personen zu berichten, mit denen sie tagtäglich zusammen ist. Die Bedenken konnten abgebaut werden. Sie hat sich an die vorgegebenen Verhaltenslinien und Legenden gehalten, eine Dekonspiration konnte nicht festgestellt werden.

Grund/Zeitpunkt der Beendigung der Zusammenarbeit:

<input type="checkbox"/> Dekonspiration <input type="checkbox"/> Ablehnung der Zusammenarbeit <input type="checkbox"/> Festnahme im Operationsgebiet <input type="checkbox"/> Unentschieden/Unklarheitsgebiet <input type="checkbox"/> Krankheit/Wenig Fort weitere Gründe: 	<input type="checkbox"/> Nichtregnung/Personenlosigkeit <input type="checkbox"/> Ungeeignetes Verhalten der DDR <input type="checkbox"/> Arbeitsplatz: bzw. Wohnortwechsel <input type="checkbox"/> Einstellung als Mitarbeiter des MfS <input type="checkbox"/> Registrierung zum GMS 	<input type="checkbox"/> Feindliche/kriminelle Handlungen, operative Beschäftigung, Einstellung BV <input type="checkbox"/> Personelle Gründe, offizielle Verbindung, sonstige Abkopplungen
--	---	---

Verlegung in die StVE Halle

Weitere operativ relevante Angaben zur Person:
(z. B. politische Haltung, gesellschaftliche Aktivität, familiäre Situation, Reisebewegungen, Funktionen, Spezialkenntnisse, operativ interessante Verbindungen (SWKOR), Neigungen, charakteristische Besonderheiten (Vorlieben))

Die [REDACTED] wurde am 23. 12. 1988 durch das Kreisgericht [REDACTED] wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertretts im schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 8 Monaten verurteilt.

Während ihrer Untersuchungshaft gelangte sie zu der Auffassung, daß ihre Straftat ein unüberlegter Schritt war. In einer schriftlichen Erklärung vom 29. 11. 1988 legte sie dar, daß sie für immer in der DDR verbleiben möchte. In der Folgezeit versuchte sie in zwei Briefen ihren Mittäter [REDACTED] zu dem sie [REDACTED], zu veranlassen, daß auch er in der DDR verbleibt. Nachdem sich dieser aber endgültig für eine Ausreise nach der BRD entschied, ließ die [REDACTED] ihren Entschluß zum Verbleiben in der DDR wieder fallen. Sie schrie ab Rechtsanwalt Prof. Dr. Vogel an, um ihr bei der Ausreise nach der BRD behilflich zu sein.

Die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS setzte sie jedoch fort.

KOPIE BStU

BStU
000049

28/200 - 15A

Material ist gesperrt/~~nicht-gesperrt~~ zu archivieren.

4.4.89 Datum Unterschrift: Major

Schriftliche Auskunftserstellung bei gesperrtem Material ohne nochmalige Genehmigung statthaft: ☒ ja/nein

Gesonderte Information zu speziellen Mitteln und Methoden des MfS vorhanden: ☐ ja (Seite ____ der Akte)/nein

4.2. Beispiel 2:

AZI 133/87

Der Zelleninformatoren ist ein junger Facharbeiter, der wegen „versuchter Republikflucht“ in MfS-Untersuchungshaft war. Er unterschrieb eine Erklärung, die mit „Schweigeverpflichtung“ überschrieben ist. In der „Schweigeverpflichtung“ kommt jedoch deutlich zum Ausdruck, daß es sich um die Bereitschaft einer Zusammenarbeit mit dem MfS auf der Grundlage der „Wiedergutmachung“ handelt. Der ZI wird mit dem Hinweis auf „strafrechtlichen Folgen“ bei Verletzung dieser Verpflichtung eingeschüchtert. Aus der Akte geht hervor, daß der ZI trotzdem nicht berichtet hat und die Zusammenarbeit verweigerte. Als Begründung wird seine Furcht angegeben, daß ihm dieses Verhalten negative Konsequenzen in der Bundesrepublik bereiten könnte.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 133/87, Teil I, Bl. 10, 18

Halle 16.9.1986

Schweigeverpflichtung

BStU
000010

Joh. [REDACTED] erkläre mich auf Freiwilliger Grundlage bereit das Untersuchungsorgan des Ministerium für Staatssicherheit während der Zeit meiner untersuchungshaft vertrauensvoll zu unterstützen. Diese Unterstützung ist nicht mit meinem untersuchungshaft verbunden und hat darauf keinen einfluß. Ich werde befehlt das ich über die geführten gespräche gegenüber jeder man zu schweigen habe und einbruch dieser Schweigepflicht strafrechtliche folgen nach sich ziehen kann. Mit der unterstützung möchte ich meinen begangenen fehler wieder gut machen.

[REDACTED]

F81281-15A

Halle, den 9.9.86

Abschlußbericht

über die freudigung der zusammenarbeit mit Zf Rep. Nr. VII 2257/86

BStU
000018

Der Zf wurde am 13.9.86 gem. Zf 2/81 gewarnt und schriftlich zur zusammenarbeit verpflichtet. Grundlage der warung bildet die Zuhnahme seines Antrags auf Amnestie aus der DDR und die Versicherung nach Strafverurteilung ein gesellschafts-gemäßes Leben zu führen. Nach kurzer Zeit trat er jedoch heimlich die flucht an und ist in der DDR zu gefangen und stellte seine vorherige verschönerung als Zweckverhalten dar um aus der flucht entkommen zu werden.

Aufgrund der fluchtung der Zf. kann keine kontinuierliche zusammenarbeit zustande kommen. Er ist wegen strafblicher taten zu bestrafen.

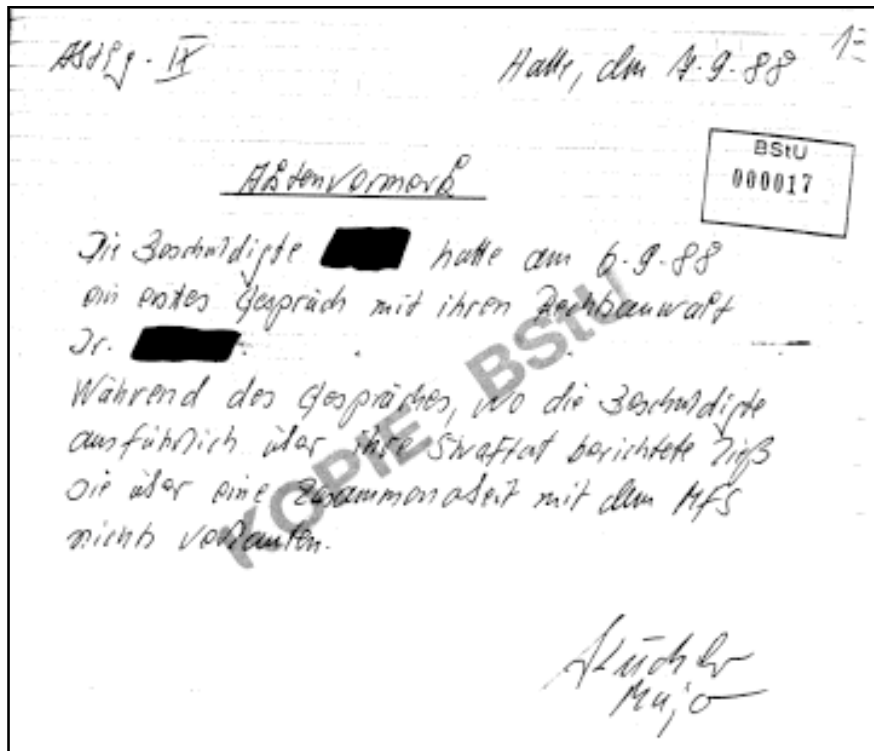
Nach verfügung zur Strafverurteilung erfolgt die freudigung der untersuchen in der Abschl. Ber.

K. J. L.
Halle

4.3. Beispiel 3:

AZI 3385/88

Bei diesem Zelleninformanten handelt es sich um eine junge Frau, die auf der Basis der „Wiedergutmachung“ zur „Lebenssicherung“ eines anderen Häftlings eingesetzt war. In der Akte fanden sich keine Berichte. Interessant ist hier jedoch das wiedergegebene Dokument, in welchem bestätigt wird, daß der Staatssicherheitsdienst detaillierte Kenntnisse auch vom Inhalt der Gespräche der Häftlinge mit Rechtsanwälten hatte, die er durch direktes Abhören oder Weitergabe durch Rechtsanwälte als IM hatte.



Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 3385/88, Teil I, Bl. 17

4.4. Beispiel 4:

AZI 2596/84

Die Auszüge aus dieser Akte enthalten in dem Bericht über die Verpflichtung konkrete Instruktionen zu Verhaltensweisen der Zelleninformatoren. Sie wurde auf der Basis der „Wiedergutmachung“ geworben. Die Zelleninformatoren ist in diesem Fall Behördenangestellte und wegen Betruges angeklagt. Den Haftgrund sowie ihre Herkunft aus einer Funktionärsfamilie soll sie jedoch im Gespräch mit ihren Mithäftlingen verschweigen, um kein Mißtrauen zu erwecken. Die ZI berichtete schriftlich über 10 Personen. Wie hoch sensibilisiert die U-Häftlinge beim MfS waren, beweist die Warnung vor einer anderen Untersuchungsgefangenen, die im Aktenvermerk über die Beendigung der Zusammenarbeit mit Vornamen erwähnt wird. Bei dieser Frau, deren Mann beim MfS beschäftigt war, handelte es sich tatsächlich um eine ZI.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 2596/84, Teil I, Bl. 17, 18, 19, 21, 22

BSU
000017

Verpflichtung

Zusammensetzung der Gruppe freiwillig, mit dem Ministerium für
Arbeitsschutz zusammenarbeiten.

Darüber möchte ich schon jetzt mit dem befragen, meine strafbaren
Handlungen zumindest zu einem Teil wieder gutmachen.

Ich wurde erklärt, und ich habe verstanden, daß diese Zusammen-
arbeit keinen Einfluß auf die Untersuchungen gegen mich laufenden
Ermittlungsverfahren hat und daß nur aus dieser Zusammen-
arbeit aber auch keine Absicht zu erwarten.

Ich wurde darüber belehrt und bin damit einverstanden, daß
ich über die Zusammenarbeit mit dem MfS nicht mit niemandem
sprechen darf, und ich werde dem Schweigepflichtung auch
nach meiner Haftentlassung anhalten.

Ich werde die Zusammenarbeit ehestmöglich gestalten, bin bereit, erhaltenen
Auftrag nach besten Kräften erfüllen und darüber schriftliche
Berichte fertigen.

Diese Berichte werden mir mit meinem VVN- und Zusammen-
fassungswissen.

Halle, den 16.03.1983

geh. am [Redacted]
Am [Redacted]

Halle/S., den 16. März 1983

BSU
000018

Bericht

Am heutigen Tage wurde die Beschuldigte [Redacted], [Redacted]
schriftlich zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet. Sie
erklärte ohne Umschweife, daß sie eine solche Verpflichtung
eingeht weil sie wenigstens einen Teil der Schuld, die sie sich
mit den strafbaren Handlungen aufgeladen habe, wieder gutmachen
will. Anfangs weinte sie, weil sie ihren Worten nach ihrer fort-
schrittlichen Familie und besonders den Eltern mit ihren Handlungen
Schaden zufügte. Es war ihr dann eine gewisse Erleichterung anzu-
merken als der Unterzeichnende ihr zu erklären versuchte, daß
sie auch unter den Bedingungen der Untersuchungshaft etwas für
die Gesellschaft tun könne und ihre Fähigkeiten und ihr Bildungs-
stand nicht ungenutzt ruhen soll.

Der [Redacted] wurde gesagt, daß wir von ihr erwarten, daß sie alle
negativen Erscheinungen im Umgang mit anderen Insassen der Haft-
anstalt bewußt feststellt und uns mitteilt. So z.B. Mitteilungen
anderer Häftlinge über Straftaten oder geplante Vorhaben nega-
tiven oder strafbaren Charakters. Sie müsse aber auch ein wach-
sames Auge haben für solche Erscheinungen wie Absichten des
Selbstmordes, um uns rechtzeitig zu informieren und derartige
Vorkommnisse zu verhindern.

Die [Redacted] versprach ohne viel Worte, ehestlich mit uns zusammen-
zuarbeiten und wahrheitsgemäß schriftlich zu berichten. Sie war
ohne Zögern damit einverstanden, daß sie ihre Berichte mit ihrem
Klarnamen unterschreibt. Auf die Einhaltung der Konspiration
wurde sie hingewiesen.

Zum Verhalten wurden ihr zunächst folgende Hinweise gegeben:

- Wenig von sich selbst erzählen, vor allem nicht
von ihrer positiven Entwicklung, wenn es sich um
negativ eingestellte Gesprächspartner handelt wie
die [Redacted]; sondern vielmehr zuhören, die anderen
zum Reden veranlassen.
- Über die berufliche Tätigkeit ihres Vaters, der
jetzt Rentner ist, möglichst gar nichts sagen.
- Alle Zusammenkünfte mit Vernehmung in Zimmer 6
abdecken, jedoch ihrem Vernehmer nichts von unseren
Vereinbarungen mitteilen.

StU
019

Bei besonderen Vorkommnissen soll sie durch Klopfen an die Zellentür das Wachpersonal aufmerksam machen. (dies aber nur im Notfall vorläufig z. B. bei Randalieren anderer Häftlinge)

- Es wird in Zukunft eine Legende mit ihr vereinbart, wie sie bei besonderen Anlässen Verbindung mit dem Unterzeichnenden erlangt.

Das gesamte Gespräch von ca. einer Stunde (14.15 Uhr bis gegen 15.15 Uhr verlief ohne Vorkommnisse. Die Kontrolle des Verwehrraumes wird eingeleitet. Eine Auswertung derselben erfolgt umgehend.

Schwanke
Schwanke
Major

KOPIE BStU

Halle/S., den 22. 8. 1983

BStU
000021

Aktenvermerk

Beendigung der Zusammenarbeit mit [REDACTED]

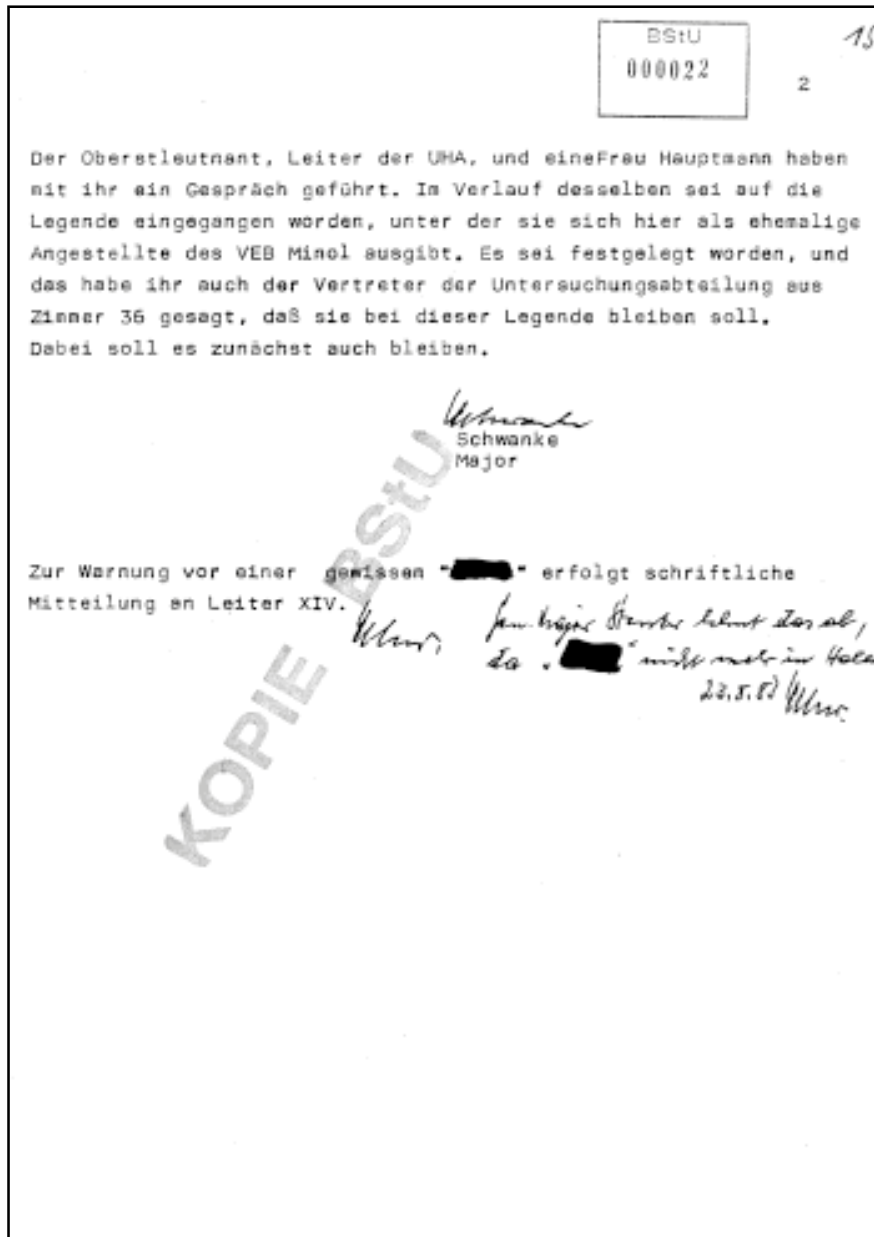
Der ZI "[REDACTED]" wurde auf freiwilliger Grundlage während der Untersuchungshaft im Verwehrraum genutzt.

Nach der gerichtlichen Hauptverhandlung wurde sie wegen starker Depressionen (Höhe und Umfang der Strafmaßnahmen) am 18. 8. 83. sofort in den Strafvollzug übernommen und in das Arbeitskommando eingegliedert, wo sie sich offensichtlich bereits in der Erholungsphase befindet. Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit in der Zusammenarbeit rechtfertigten diesen Schritt ebenfalls.

Aufgrund des Wechsels der Verantwortungsbereiche wurde mit Wirkung vom heutigen Tage die Zusammenarbeit mit ihr beendet und in der Zeit von 13.30 Uhr bis 14.00 Uhr ein Abschlussgespräch geführt.

In dessen Verlauf wurde sie von der Zusammenarbeit mit einem Vertreter der Untersuchungsabteilung entbunden. Zur Beendigung der Zusammenarbeit schrieb sie eine Erklärung, in der sie die Dauer der Zusammenarbeit und auch die Tatsache fixierte, daß die Zusammenarbeit freiwillig erfolgte. Auch brachte sie schriftlich ihre Bereitschaft zum Ausdruck, daß MfS gegebenenfalls auch weiterhin in entsprechender Form zu unterstützen. Sie verpflichtete sich zur unbedingten Wahrung der Geheimhaltung.

Die [REDACTED] brachte zum Ausdruck, daß sie im Arbeitskommando gut aufgenommen worden sei. Sie wäre aber etwas schockiert gewesen, als sie von der Kommandanturvorsitzenden [REDACTED] vorgestellt wurde. Die [REDACTED] habe zum Ausdruck gebracht, daß die [REDACTED] aufgrund "ihrer Vertrauensstellung" allein im Verwehrraum als Reinigungskraft beschäftigt würde. Alle hätten zunächst erstaunt geguckt, aber niemand habe sich von ihr distanziert, da sie sich gänzlich unwissend gestellt und völlig normal verhalten haben. Die [REDACTED] sprach die Überzeugung aus, daß sie das Vertrauen der Frauen genieße und viele sich ihr schon mit ihren Sorgen anvertraut haben. Zwei oder drei Frauen haben sie vor einer Frau mit Vornamen "[REDACTED]" genannt. Dieser solle sie nicht zuviel erzählen. Deren Mann oder sie selbst sei bei der Staatsicherheit gewesen.



4.5. Beispiel 5:

AZI 2597/84

Bei dem Zelleninformatoren mit dem Decknamen „Dieter“ handelt es sich um einen ehemaligen Polizisten, dem Diebstahlshandlungen vorgeworfen wurden. Es kommt zu keinem „Vertrauensverhältnis“ im Sinne des MfS, da „Dieter“ Angst vor dieser Behörde hat. Das resultiert aus den Kontakten, welche er beruflich und familiär mit MfS-Mitarbeitern vor der Untersuchungshaft hatte. „Dieter“ erklärt sich in seiner Entpflichtungserklärung bereit, auch weiterhin für die Staatssicherheit zu arbeiten. Nach seiner Beurteilung dürfte es jedoch nicht dazu gekommen sein. „Dieter“ hat sich offensichtlich nicht an die Instruktionen seines Führungsoffiziers gehalten und über seine frühere Tätigkeit als Polizist gesprochen. Deshalb trifft ihn das berechtigte Mißtrauen der anderen U-Häftlinge. „Dieter“ berichtete über vier Mitgefangene. Anhand der Aktenlage kann man nicht mit Gewißheit sagen, ob „Dieter“ sich mit Absicht „begriffsstutzig“ gestellt hat, um keine konkreten Berichte abgeben zu müssen, oder ob die Beurteilung des Führungsoffiziers zutrifft.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 2597/84, Teil I, Bl. 41, 43-45, 48, 49, 51, 52; Teil II, Bl. 29, 30, 33, 34

Halle, den 6.5.83

BStU
000041

A u s z u g

aus inoffiziellen Bericht von [REDACTED]

Am 24.4.83 wurde von mehreren Seiten folgende Information durchgeklopft: "Vorsicht vor [REDACTED]! [REDACTED] ist ein Bulle. Weitergeben!" Wir wissen nicht, woher diese Meldung kam, da der Informant seinen Namen nicht nannte.

Frl. [REDACTED] gab diese Meldung an die Zelle 55, an [REDACTED] weiter. Am 26.4.83 wurde [REDACTED] in die Zelle 76 verlegt, mit Herrn [REDACTED] zusammen. Seit diesem Zeitpunkt bestehen "Kontakte" durch Klopfen und WC zwischen Herrn und Frau [REDACTED]

P.d.R.d.Auszuges: [REDACTED]

Halle/8., den 6. Mai 1983

BStU
000043

B e r i c h t

Über Kontaktgespräch mit [REDACTED], [REDACTED]
Häftlings-Nr. 33/83

Am heutigen Tage, in der Zeit von 14.00 Uhr bis gegen 14.45 Uhr wurde ein Kontaktgespräch mit [REDACTED] geführt. Den ersten persönlichen Eindruck nach handelt es sich um einen primitiven Menschen, der zwar den kaderpolitischen Richtlinien nach für eine Tätigkeit innerhalb der Deutschen Volkspolizei geeignet war, jedoch trotz seiner Dienstzeit noch keinen gefestigten Klassenstandpunkt besitzt. Er behauptet zwar, daß von seiner Einstellung zur Partei nichts verlorengegangen sei, stellt aber in gleichen Redefluß fest, daß seine Gesetzesverletzungen im krassen Widerspruch dazu stehen. Die Schuld dafür gibt er einzig und allein dem Umstand, daß er durch die Verbelichung mit [REDACTED] verwandt und durch diesen zu kriminellen Handlungen verleitet wurde. [REDACTED] habe ihm ständig erklärt, daß sie nie auffallen könnten, weil sie den Sicherheitsorganen angehört. [REDACTED] kenne sie und grüße und niemand auf dem Gefängnis käme, daß sie beide so etwas machen könnten. Seine Schuld, oder Dummheit, wie er sich ausdrückte, bestünde darin, daß er [REDACTED] zeitweilig Glauben schenkte und dachte, daß es ja nicht so schlimm wäre, was er persönlich machte. Für die von ihm begangenen Handlungen mit [REDACTED] will er gerade stehen. Aber er distanziert sich nachdrücklich und eindeutig von den Einbrüchen in Bungalows und Leuten, die [REDACTED] ausgeführt habe. Damit habe er nichts zu tun. Wenn ihm so etwas angelastet würde, dann müßte er nicht was er tut.

Der Unterszeichnende versuchte ihm klarzumachen, daß in unserem Staat niemand für etwas zur Verantwortung gezogen oder verurteilt wird, was er nicht getan hat. Alles muß bewiesen werden. Diese Erklärung zweifelte [REDACTED] einengen mit der Bemerkung an, daß man "in Volksmund anders reden würde!" Es wurde ihm zugestanden, daß viel geredet wird, aber die Tatsachen ihre eigene Sprache sprechen. Diese Äußerungen stehen wiederum zu seinen Behauptungen über eine positive Einstellung zu Partei und Staat im Widerspruch.

000044 2 38

Von der Tatsache ausgehend, daß sich [REDACTED] von den Straftaten des [REDACTED] distanziert und daß er auch mit ihm als Verwandten nichts mehr zu tun haben will, wurde ihm bedeutet, daß er Grund habe wiederzutun, was er verleitet wurde."

Dazwischen wollte [REDACTED] wissen, wer der Unterzeichnende sei. Er tippte auf Staatsanwalt oder Rechtsanwalt. Er wurde ihm gesagt, daß er einen Vertreter der Untersuchungsabteilung vor sich habe. Das wollte er nicht glauben und äußerte dabei, daß der Unterzeichnende wohl von der Abt. VIII wäre. Diese Äußerung wurde kommentarlos übergangen und nochmals versichert, daß er hier nur mit Mitarbeitern der Untersuchungsabteilung zu tun habe. Damit ge-
 er sich dann zufrieden.

Gleich darauf sagte er, daß er einverstanden und bereit sei, das MfS hier in der Untersuchungsarbeit zu unterstützen. Aufgrund seiner unterschiedlichen und widersprüchlichen Äußerungen und Auffassungen wurde dem [REDACTED] zunächst eine schriftliche Erklärung in Form der Zustimmung zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS und einer Schweigeverpflichtung abgenommen.

Es wurden ihm folgende Hinweise zu seinem weiteren Verhalten gegeben:

1. Niemandem Mitteilung über seine frühere Tätigkeit bei der Polizei machen und auch nicht erzählen, daß sein [REDACTED] Mitarbeiter des MfS war.
2. Möglichst wenig von sich selbst reden, sondern die andere reden lassen bzw. zum Erzählen veranlassen.
3. Als Legende für Beruf und Arbeitsstelle angeben, Maschinenschlosser/Brigadier in Sommerda. Vom Betrieb aber möglich gar nichts sagen.
4. Alle Zusammenkünfte mit dem Unterzeichnenden mit Vernehmungen in Zimmer 30 abdecken.
5. Niemandem von unserem Kontakt berichten, auch nicht seine Vernehmer.

Zum Punkt 1 äußerte [REDACTED] sofort der Wahrheit entsprechend, daß er zu [REDACTED] bereits gesagt habe, daß sein [REDACTED] beim MfS war. Auch über dessen Straftaten habe er ihm berichtet. Es wurde ihm gesagt, was geschehen sei, ist nicht mehr zu ändern. In Zukunft aber habe er sich daran zu halten: Weder sagen, daß er bei der VP war noch daß sein [REDACTED] Angehöriger des MfS war. Damit erklärte er sich eifrig einverstanden.

000045 3 39

Zum Punkt 5 zeigte [REDACTED] Erstaunen, daß er seinen Vernehmer nicht sagen solle. Es wurde ihm erklärt, daß jeder nur das zu wissen braucht, was ihm angeht. Der Vernehmer untersuche seine Straftaten und dürfe davon nicht durch andere Dinge abgelenkt werden. Haupt-
 sache sei, daß er, [REDACTED], wahrheitsgemäße Aussagen mache und in seiner Zusammenarbeit mit dem Unterzeichnenden die Regeln beachte und eifrig bestrebt sei, wiederzutun, was er verleitet wurde.

Das versprach er und erklärte, daß er verstanden habe, um was es geht.

Daneben machte er eine mündliche Mitteilung über Andeutungen von [REDACTED]. Dieser habe angeblich Karte und Kompaß, sogenannte Hilfsmittel für den Grenzübertritt, gut versteckt, weil er sie nochmal brauchen würde. Das Versteck habe [REDACTED] aber nicht genannt.

Es wurde ihm nochmals erklärt, daß er auf alle solche Dinge achten soll und das der Unterzeichnende ihn von Zeit zu Zeit zu Aussprache holen lassen würde.

Dem Gesamtverhalten während des Kontaktesprüches nach zu urteilen, ist [REDACTED] zwar etwas primitiv, aber gerissen und versteht es, "den Mantel in den Wind zu greifen".

Die abgenommene Erklärung wurde ordentlich, relativ schnell und auch fehlerfrei geschrieben. [REDACTED] betonte aber zweimal, daß er schon lange nicht geschrieben hätte und durchaus Fehler in dem Schriftstück sein könnten.

Schwanke
 Schwanke
 Major

BStU
000048

B e r i c h t

(Über Anwerbung des U-Gefangenen [REDACTED] (33/83))

Der Untersuchungsfragene [REDACTED] wurde heute gegen 08.15 Uhr mit dem Ziel geführt, ihn endgültig zur Zusammenarbeit unter den Bedingungen der Untersuchungshaft zu gewinnen.

Bei Betreten des Zimmers machte er einen nervösen, zerfahrenen Eindruck. Auf die Frage nach Gründen verhielt er sich zunächst ablehnend und behauptete, "es sei nichts."

Auf Drängen des Unterscheidenden ließ er sich auf die Erklärung ein. Als er gemerkt habe, daß es wieder zur 44 (Zimmer-Nr. des Unterscheidenden) gehe, habe er schon wieder Angst bekommen. Es sei nun nicht so, daß er nicht für uns arbeiten wolle. Das habe er schon schriftlich gegeben und dabei bleibe es auch. Aber er könne nicht davon los, was so alles über die Hitlerzeit erzählt wurde und was er aus Büchern von damals gelesen habe. Und außerdem würde so viel über die Staatssicherheit erzählt, daß er eben immer noch Angst habe. Es wurde ihm konkret die [REDACTED] gestellt, wor was und vor wem er eigentlich Angst habe. Und ob er hier ungerecht behandelt worden sei. Das verneint er. Er stellt sich und betont, daß er angenehm überrascht sei von der guten Behandlung. Aber er habe eben Angst davor, daß er von [REDACTED] herauskäme und er dann immer gemieden würde. Deshalb stelle er auch die Forderung, daß die Zusammenarbeit mit dem Beginn des Strafvollzuges aufhöre.

Es wurde ihm gesagt, daß bis zum Strafvollzug noch ein entsprechend weiter Weg sei und daß es nur an ihm allein liege, ob jemand etwas von unserer Zusammenarbeit erfährt oder nicht. Darauf äußerte er sich klughaft so: "Ja ja, bei Ihnen wird ja alles geheimgehalten und wenn ich selbst nichts davon erzähle, kann ja keiner was erfahren!" In Zusammenhang mit dieser Auffassung äußerte [REDACTED] dann noch, daß er vor allem erst einmal zeigen wolle, daß er auch sein Versprechen ernst nimmt. Er habe noch gar nichts für uns getan und redet aber schon von Dingen die weiter weg liegen.

Es hat den Anschein, daß [REDACTED] Vertrauen faßt. Im Verlaufe des Gespräches wurde er sichtlich ruhiger.

000049 2 12

Es wurde ihm gesagt, daß er von seinen Charaktereigenschaften her so eingeschätzt werden muß, daß er viel erzählt, einen starken Redefluß hat, um sich zu erleichtern, innere Spannungen, wie auch die von ihm genannten Angstgefühle abzubauen. Das bestätigte [REDACTED] in vollen Umfang. Er wurde deshalb erneut und eindringlich darauf hingewiesen, daß er in Gesprächen mit anderen Häftlingen unbedingt darauf achten muß, daß nicht er alle Gespräche führt und anführt. Daß er nicht soviel von sich selbst erzählt, sondern sich so verhält, daß der andere mehr aus sich herausgeht. Das nicht er ein und will es beherrsigen. Es wurde ihm gesagt, daß er beim Erzählen darauf achten muß, daß er erstens die Zusammenarbeit nicht preisgibt und zweitens nicht von seiner ehemaligen Zugehörigkeit zur VP erzählt. Auch soll er die frühere Tätigkeit seines [REDACTED] aus dem Spiel lassen. Wenn ihm aber einer auf den Kopf zusagt, daß er bei der VP war bzw. ein "Bulle" sei, dann soll er darauf eingehen mit einer entsprechenden Legende. Es wurde ihm klargemacht, daß es dann keinen Zweck habe zu streiten, weil er sich dann verdächtig machen würde. In diesem Zusammenhang wurde ihm klargemacht, daß andere Häftlinge auch daran interessiert sind, etwas wieder herauszuholen. Und letzten Endes kämen dann entsprechende Informationen auch wieder hier bei der Untersuchungsabteilung an. Das habe er sich auch schon überlegt. Als er mit [REDACTED] zusammengelegt wurde, hätten sie sich abgetastet, weil jeder von anderen glaubte, daß er ein "Bittzel" sei. Aber jetzt wären sie sich einig in der Annahme, daß keiner von beiden ein solcher ist. Aber [REDACTED] habe schon ein paar mal gefragt, "na, haben sie dich schon?" Er habe das verneint und habe auch gern nicht ein, warum er dem vertrauen soll. Zumal [REDACTED] seinen Äußerungen nach aus dem Strafvollzug nach dem Westen geschickt würde. Dann käme er, [REDACTED] womöglich noch drüben in die Presse. Schon aus den Grunde würde er sich so verhalten, wie es ihm vom Unterscheidenden erläutert wurde.

In diesem Zusammenhang wurde [REDACTED] nochmals daraufhingewiesen, daß er sich unbedingt an die ihm am 8. 5. 83 gegebenen Instruktionen halten soll. Dann würde die Zusammenarbeit auch nützlich verlaufen und es gäbe keine Schwierigkeiten. Der ZI stimmte zu.

Es wurde ihm gesagt, daß er durch den Unterscheidenden zu einer Zusammenkunft geholt würde, deren Termin noch nicht feststeht. Bis dahin sollte er Augen und Ohren offen halten. Dem stimmte er zu.

Ein Auftrag wurde nicht erteilt. Es muß abgewartet werden, wie sich [REDACTED] verhält.

[Handwritten Signature]

Erklärung

BSU
000051

Falle d. 11. 1. 84

44

Ich habe während meiner Untersuchungshaft freiwillig mit einem Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit zusammengearbeitet. Ich erkläre hiermit, daß ich über alle, während dieser Zusammenarbeit aufgetretenen Probleme, sowie über diese Verbindung selbst, gegenüber jedermann Stillschweigen bewahren werde.

Ich möchte noch erklären, daß ich bereit bin, daß MfS auch weiterhin zu unterstützen, sofern gegebenenfalls jemand bezüglich solcher Probleme an mich herantritt.

KOPIE

gel. 1. 1. 84

Halle/S., den 11. 1. 1984

BSU
000052

Abschlußbericht

zur Beendigung der Zusammenarbeit mit dem ZI "Dieter"

Die Zusammenarbeit mit dem ZI "Dieter" wurde aufgenommen, um in erster Linie einen Beitrag zu leisten bei der weiteren Aufklärung der Straftaten des [REDACTED]. [REDACTED] erbrachte dazu keine Hinweise. Entweder wußte er wirklich nichts weiter oder er hat es raffiniert verstanden, die Dinge zu verschweigen. Weiterhin sollte er zur Aufklärung noch unbekannter Straftaten und zur Lebenssicherung bei anderen Häftlingen eingesetzt werden.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß sich "Dieter" bemühte, bestimmte Forderungen zu erfüllen. Er hinterließ jedoch nach jeder Zusammenkunft den Eindruck, daß er nicht alles gesagt hatte. Seiner Labilität entsprechend sagte er nie ja oder nein, sondern redete um alles und jedes lang und breit herum. Er mußte in jedem Falle, ob schriftlich oder mündlich, auf das peinlichste befragt bzw. ausgefragt werden, um überhaupt einen einigermaßen brauchbaren Bericht zustande zu bringen. Bezeichnend dafür, daß er einen völlig ungefestigten Klassenstandpunkt besitzt, ist die Tatsache, daß er seine "Angst vor den MfS" nicht losgeworden ist. "Dieter" hat keine Meinung. Er redet alles nach was andere vorsehen. Macht sich wenig Gedanken. Gibt aber vor, es ehrlich und ernst zu nehmen mit seinen Verhältnis zum MfS.

Obwohl er ganz den Eindruck erweckte, froh zu sein über die Beendigung der Zusammenarbeit, schrieb er in seiner Entpflichtungs-erklärung hinein, daß er bereit sei, weiterhin für das MfS tätig zu werden. Der Mann steckt voller Widersprüche und mußte bei einer künftigen Zusammenarbeit gründlichen Überprüfungen unterzogen werden. Alles in allem brachte er trotz verschiedener Anstrengungen keinen Nutzen.

KOPIE

W. [REDACTED], [REDACTED]

Halle/S., den 26. 8. 1983

A k t e n v e r m e r k

BSIU
000029

Treff mit ZI "Dieter" in Zimmer 23 (Häftlingsnummer 33/83)

Am heutigen Tage wurde ein Treff mit dem ZI "Dieter" durchgeführt. Der Treff begann 09.30 Uhr und es wurde dem ZI angedeutet, daß er zunächst bis 11.30 Uhr Gelegenheit hat, seinen Bericht zu schreiben. Sodann wurde er nach dem Mittagessen wiedergeholt. Daraufhin sagte "Dieter", das sei nicht nötig. Bis halb zwölf sei er fertig und brauche nachmittags nicht noch mal geholt zu werden.

Es wurde dem ZI daraufhin gesagt, daß er sich alles gut Überlegen soll und chronologisch und systematisch alles niederschreiben soll. Damit er dazu in der Lage sei, werde ihm die entsprechende Zeit zur Verfügung gestellt. Dazu sagte er dann sinngemäß: "Na gut, da lassen Sie mich eben holen!"

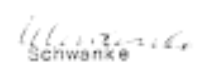
Im Gegensatz zu anderen, normal reagierenden ZI, will "Dieter" immer nur recht kurze Zeit im Treffzimmer sein. "Damit es nicht auffällt!" So argumentiert er. Es wurde ihm schon mehrfach gesagt, daß er nur dann auffällt, wenn er sich auffällig benimmt, bzw. wenn er anderen sagt, daß er mit den MfS zusammenarbeitet. Das bejaht er zwar, behält aber bei, darauf zu drängen, daß er so schnell wie möglich wieder in den Verwahrraum kommt. Es muß also festgestellt werden, daß der ZI nach wie vor "Angst vor den MfS" hat. Seine politische Einstellung war den jetzigen Feststellungen nach schon immer zweifelhaft. Er sagte einmal im Gespräch sinngemäß: "was man so schon gehört hat über die Staatsi; da will man lieber nichts damit zu tun haben!" Trotz Befragen sagte der ZI nicht, was "man schon so gehört hat." Der Mann ist sehr labil, leicht beeinflussbar von solchen Elementen wie [REDACTED] und dessen Gesinnungsfreunde.

Den Überprüfungen nach ist "Dieter" nicht in der Lage, zu begreifen, um was es bei [REDACTED] eigentlich geht. Er geht nicht auf dessen Argumente ein, setzt sich nicht mit ihm auseinander und versucht überhaupt nicht, zur Aufklärung von dessen Straftaten bzw. Feststellung weiterer noch nicht geklärter oder noch nicht bekannter strafbbarer Handlungen beizutragen. Der ZI stimmt meistens den Reden und Erklärungen von [REDACTED] zu. Er hat gar keine eigene Meinung. Es fehlt ihm auch einfach die geistige Potenz, der Bildungsstand, um die inoffizielle Aufgabe zu bewältigen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, eine Verlegung vorzunehmen, damit der ZI mit Personen zusammenkommt, die ein niedrigeres geistiges Niveau besitzen und denen er besser folgen kann. Wenn sich eine solche Möglichkeit nutzbringend nicht ergibt, ist der Abbruch der Zusammenarbeit mit "Dieter" wegen Unehrlichkeit und Unfähigkeit in Erwägung zu ziehen.

Der ZI schrieb einen Bericht zu [REDACTED], der über den Leiter der Dienstseinheit an Gen. [REDACTED] weitergeleitet wird.

Der nächste Treff findet kurzfristig nochmals nach der Urteilsverkündung im Strafverfahren von [REDACTED] statt.


 Schwenke
 Major

BSIU
000030

KOPIE
BSIU

Halle/S., den 2. 9. 1983

Aktenvermerk

BSU
000033

Treff mit ZI "Dieter" in Zimmer 23

Am heutigen Tage wurde ein Treff mit "Dieter" durchgeführt. Er dauerte von 09.30 Uhr bis 11.30 Uhr und von 13.30 Uhr bis gegen 16.30 Uhr.

Der Treff wurde abgedeckt mit der Legende, daß der ZI beim Vernehmer war und wiederum wegen der Klärung seiner Diebstahlhandlungen.

Da der ZI ein starker Raucher ist, war es verwunderlich, daß er beim vorigen Treff und auch ansonsten nicht viel raucht. (Beim Treff) Dazu befragt sagt der ZI, er habe beim vorigen Treff zwei von seinen Zigaretten geraucht und zwei von den ihm zur Verfügung gestellten. "Damit es dem [REDACTED] nicht auffällt!" Gegenüber des Unterzeichnenden: Was soll auffallen, wenn er das sagt, daß er vom Vernehmer eine Zigarette bekam oder, daß er gar nicht geraucht hat? Antwort: Na ja wenn Sie es so sehen, das stimmt schon!

"Dieter" ist ein sehr primitiver Mensch. Das kommt auch in seinen Berichten zum Ausdruck. Er schrieb auf Verlangen des Unterzeichnenden einen Bericht über Mißstände in seinem ehemaligen Betrieb, VEB ROBOTRON Büromaschinenwerke [REDACTED]. Er wurde gezielt darauf hingewiesen, daß vor allem auch die Mängel in der polizeilichen Arbeit beim Betriebsschutz interessieren, wo er tätig war. Einen weiteren Bericht schrieb er über Reaktionen von Sakaras auf dessen Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung.

Beide Berichte lassen erkennen, daß der Verfasser primitiv ist. Er "schwimmt" stets an der Oberfläche und geht nicht ins Detail. Den Überprüfungen nach entspricht das aber auch genau seiner Haltung im Zellenhaus. Es ist zu erkennen, daß sich der ZI gar nicht für die Einzelheiten der oder des anderen interessiert. Er ist offenbar nicht in der Lage, einen größeren Umfang an Gesprächsstoff wiederzugeben. "Dieter" ist zum Beispiel auch mit der Tür ins Haus gefallen als er den Unterzeichnenden heute fragte, ob dieser seine Hand im Spiel habe, daß er immer noch in Untersuchungshaft sei. Sinngemäß brachte der ZI zum Ausdruck, daß er annimmt, er sei als ZI so wertvoll, daß er länger in Untersuchungshaft bleiben muß, um für das

MfS zu arbeiten. ("Dieter" ist schon seit längerer Zeit davon überzeugt, daß er schon lange zu Unrecht einsitzt und längst zuhause sein könnte. Er schätzt selbst die Straftaten so ein, daß er fast gar nichts gemacht hat).

Es wurde ihm erwidert, daß die inoffizielle Verbindung absolut nichts mit seiner Straftat zu tun hat. Es wurde ihm gesagt, daß er wegen strafbarer Handlungen in Untersuchungshaft ist und solange da bleiben muß, bis die Sache geklärt ist. Mit einem verschlagenen Blick gibt er sich dann widerwillig zufrieden.

Gesamteinschätzung: Der Mann hat nicht die geistigen Potenzen, um der ihm gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Andererseits aber will er auch nicht. Schlußfolgerung: Solange mit ihm arbeiten, bis sich bessere Kandidaten gefunden haben.

Auswertung:

1. Bericht zu [REDACTED] an Gen. Major Linke. ✓
2. Bericht über Mißstände in abgewandelter und zusammengefaßter Form an die zuständige DE. ✓

Der nächste Treff findet in einer Woche statt.

BSU
000031

Schwanke
Major

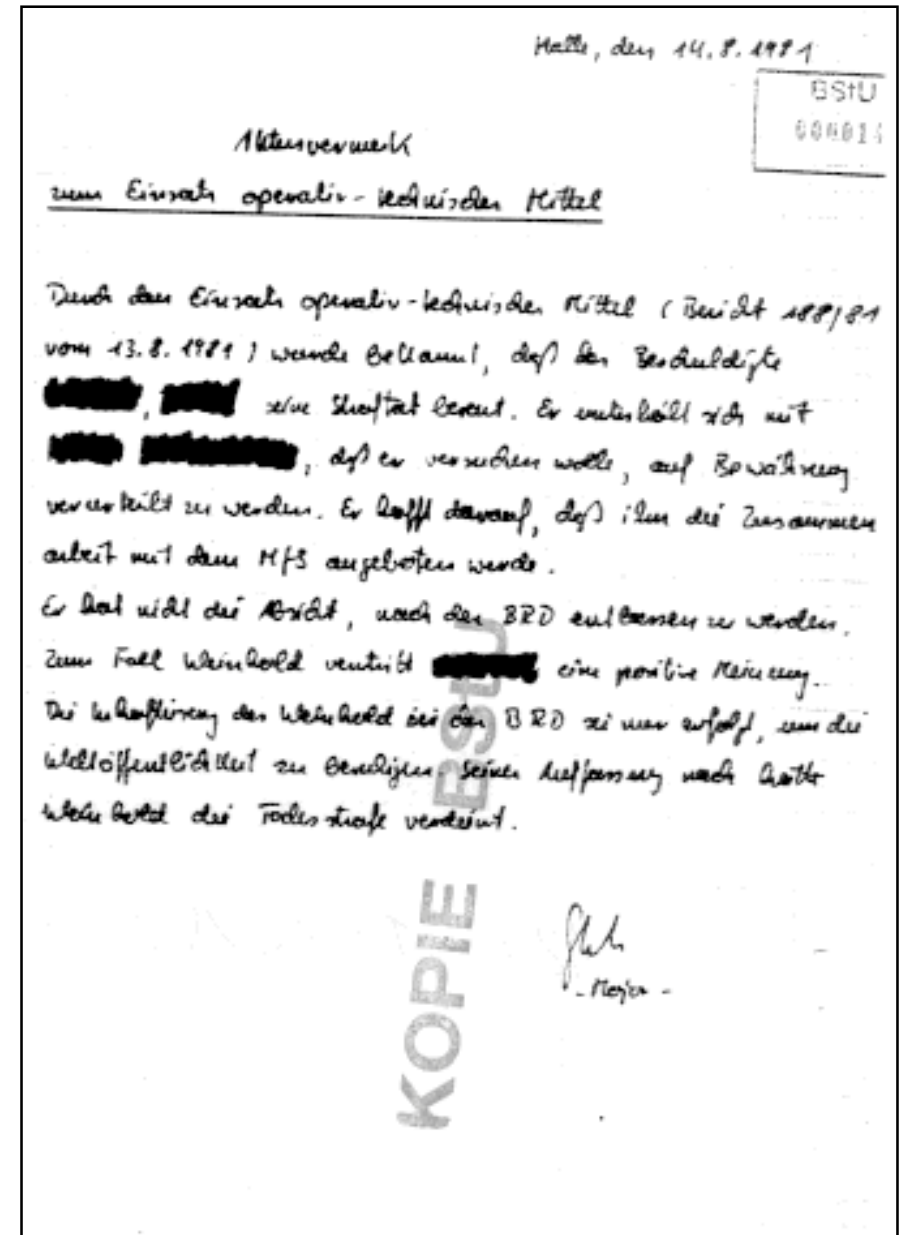
4.6. Beispiel 6:

AZI 4772/81

Der Zelleninformer mit Decknamen „Baßist“ ist durch die konspirative Abhörtechnik des MfS in den Zellen als möglicher ZI aufgefallen. Aufgrund seiner „positiven“ politischen Äußerungen hält die Abteilung IX eine Werbung für möglich, zumal „Baßist“ später noch studieren möchte. Der ZI hat Angst vor seinen Mithäftlingen, über die er berichten soll, leistet aber im Sinne der Staatssicherheit gute Arbeit. Seine Berichte liefern Schwachpunkte anderer U-Häftlinge, die dann von MfS-Mitarbeitern zur weiteren ZI-Werbung genutzt werden. Aus Dank dafür manipuliert die Staatssicherheit im Rahmen von „Rückgewinnungsmaßnahmen“ sein Gerichtsurteil, so daß er aus der U-Haft entlassen wird.

* Maßnahmen, die die Menschen dazu bringen sollten, in der DDR zu bleiben.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 4772/81, Teil I, Bl. 14, 28-30



604628

B e r i c h t über die Werbung gemäß Richtlinie 2/81

Am 29.8.1981 wurde gemäß des Vorschlags vom 27.8.1981 der

[REDACTED], **[REDACTED]**
geb. am **[REDACTED]** in **[REDACTED]**

gemäß Richtlinie 2/81 geworben.


Zunächst erläuterte Unterzeichneter die Notwendigkeit und Bedeutung des Kampfes gegen Straftaten und ihrer alle umfassenden Aufklärung. An Beispielen wurde verdeutlicht, daß es im Interesse der Gesellschaft und des Betroffenen liegt, wenn die Straftaten vollständig aufgeklärt werden.

Mit dem Hinweis auf die im Kontaktgespräch von ihm bereits gegebene Einschätzung über den Beschuldigten **[REDACTED]** wurde **[REDACTED]** aufgefordert, an der Bekämpfung von Straftaten mitzuwirken, indem er dem Untersuchungsorgan weitere derartige Informationen gibt.

[REDACTED] äußerte Bedenken dahingehend, daß der betreffende Mitgefangene von seiner Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsorgan Kenntnis erhält. Außerdem wäre es seinen Worten zufolge nicht richtig, wenn er zuerst den Mitgefangenen ausfragt und dann über ihn berichtet. Gegen diese Bedenken wurde argumentiert, so daß **[REDACTED]** sich zur Zusammenarbeit bereit erklärte. Eppthafte Einwände brachte er nicht vor. Er erklärte sich auch mit der schriftlichen Berichterstattung einverstanden.

Die Verpflichtung schrieb er - bis auf die Angaben zum Motiv - nach vorheriger Erläuterung nach dem Diktat des Unterzeichnenden. Besonderer Wert wurde auf die Betonung des gegenseitigen Vertrauens und der Geheimhaltung gelegt.

[REDACTED] erhielt den Auftrag, insbesondere die Einstellung des Beschuldigten **[REDACTED]** zur Straftat zu erforschen.


Stenker
Major

21

Halle, den 1.9.1981

BSIU
604628

Aktenvermerk
zum Einsatz operativ-technischen Mittel

Nach dem am 28.8.1981 geführten Vernehmungsgespräch wurde „Baford“ überprüft. (Bericht 202/81)

„Baford“ verleiht die Konspiration nicht. Er hält sich an die Verhaltenslinie.

KOPIE BSU
falsch
- Regis -

Abteilung IX Halle, den 21.9.1981 608039

Bestätigt:
 Leiter der Abteilung
 Schwelmer
 Oberstleutnant

Abschlußbericht

Im Zusammenhang mit den Rückgewinnungsmaßnahmen zu "BaSist" ist vorgesehen, daß er am 23.9.1981 auf Bewährung verurteilt und aus der Haft entlassen wird. Nach der Verkündung des Urteils ist er deshalb zu entpflichten.

"BaSist" war zur Bearbeitung der Beschuldigten
 und ~~_____~~
 eingesetzt.
 Die Berichterstattung wird zur Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der Aussagen der Beschuldigten bei.
 Neue belastende Fakten wurden von ihm nicht erarbeitet.

Stenker
 Major

Zusatz:
 Die Trefffähigkeit wurde durch die Untersuchungen im Ermittlungsverfahren und die Vorbereitung auf die Hauptverhandlung abgedeckt. Die Gefahr der Dekonspiration besteht nicht.
 "BaSist" wurde der KD Quedlinburg zur Nutzung angeboten.

4.7. Beispiel 7:

AZI 2262/84

Bei diesem ZI-Vorgang handelt es sich um eine Frau, welche offensichtlich einem starken psychischen Druck ausgesetzt war.* Um eine Strafaussetzung zu bekommen, zeigte sie dem MfS großes Entgegenkommen. So liest sich ihre Entpflichtung wie eine neue Verpflichtung. Trotzdem ist es nach Beendigung der Untersuchungshaft zu keiner weiteren IM-Tätigkeit gekommen. Sie berichtete belastend über Frauen, die in der gleichen Lage waren wie sie. Dabei charakterisierte sie nicht nur die Betroffenen, sondern zeigte zusätzlich Kommunikationswege in der Untersuchungshaftanstalt auf, die der Abt. IX bis dahin nicht bekannt waren. Die Ergebnisse dieser Berichterstattung wurden entsprechend gegen die Betroffenen genutzt. Ungewöhnlich ist, daß sich in der Akte ein Bericht von einem anderen Zelleninformatoren mit Decknamen „Albrecht“ (AZI 2390/84) befindet. Dieser Bericht ergänzt die Informationen zu einem bestimmten Ehepaar in der Untersuchungshaftanstalt.

* Gemeinsam mit ihrem Ehemann und den beiden Kindern hatte sie versucht, über die Tschechoslowakai in die Bundesrepublik zu fliehen. Am 16.5.1982 wurden sie und ihr Ehemann verhaftet. Die Kinder kamen in ein Kinderheim. Am 17.11.1982 wurde sie zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und 5 Monaten verurteilt. Diese wurde auf Vorschlag des MfS am 7.12.1982 zur Bewährung ausgesetzt und die Frau noch im gleichen Monat entlassen. Vorher, am 2.12.1982, stellte sie jedoch noch einen Antrag auf Ehescheidung.

Abteilung IX

Halle, den 2.8.1982

BSStU
000007

BestMitt:
an: Leiter der Bezirksverwaltung

Wolff
Oberst
Hilf. Gp.

V o r s c h l a g

Es wird vorgeschlagen, die

geb. am in
Beruf: Ingenieur für
zuletzt:
Mh.:
Ermittlungsverfahren eingeleitet am 17.5.1982
Rechtsgrundlage: § 213 Abs. 1, 2, 3 Ziff. 5
und Abs. 4 StGB
Haftbefehl erlassen am 18.5.1982

gemäß Richtlinie 2/81 zu verfahren.

Gründe:
Die verließ gemeinsam mit ihrem Ehemann und ihren und Jahre alten Kindern am 16.5.1982 im Raum Bad Elster illegal die DDR nach der CSSR und wurde am 17.5.1982 beim Versuch, im Raum Ad die Staatsgrenze der CSSR nach der BRD zu überwinden, festgenommen. Zum Motiv der von ihr begangenen Straftat wurde ermittelt, daß gegen ein Ermittlungsverfahren ohne Haft bearbeitet wurde und sie sich gemeinsam mit ihm der zu erwartende Pflicht entziehen wollte. Beide erhofften in der BRD ein in materieller Hinsicht besseres Leben. Initiator für die gemeinsame Begehung der Straftat war ihr Ehemann.

BSStU
000008

2

Nachdem die zunächst, um ihren Ehemann zu schonen, sich als Initiator ausgab und außerdem verschwie, daß Verwandte von ihr vom Vorhaben der Straftat Kenntnis hatten, machte sie im weiteren Verlauf der Ermittlungen im wesentlichen wahrheitsgemäße Aussagen. Sie erklärt, ihre Tat zu bereuen und sieht ihre Zukunft im Leben in der DDR. Sollte ihr Ehemann weiterhin in die BRD wollen, so beabsichtigt sie, sich von ihm zu trennen.

Diese bereits gegenüber dem Untersuchungsführer gemachten Aussagen wiederholte sie im heutigen Kontaktgespräch. Von sich aus erklärte sie, daß sie wiedergutmachen wolle.

Die zeigte sich aufgeschlossen. Mit Mithäftlingen hatte sie guten Kontakt. Sie beantwortete während des Kontaktgespräches bereitwillig Fragen zu anderen Untersuchungsgefangenen. Im Verwahraus verhält sie sich diszipliniert.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit ihr soll der Prozeß der Rückgewinnung fortgeführt und ihr Entschluß, in der DDR zu bleiben und sich zukünftig gesellschaftsgemäß zu verhalten, gefestigt werden.

Stellv. Leiter der Abteilung
Stenker
Major

Halle, 17.12.82

Verpflichtung

BStU
000038

An heutigen Tage wurde meine Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsorgan des MfS wegen der Absetzung meiner Frau auf Bewährung beendet. Ich verpflichte mich, über die Zusammenarbeit Stillschweigen zu beobachten. Mir ist bekannt, daß sich bei Verletzung dieser Schweigepflichtung nach den Gesetzen der DDR zur Verantwortung gezogen werden kann.

Ich erkläre mich hiermit bereit, auch weiterhin mit dem MfS zusammenzuarbeiten.

Begründung: Nach reiflicher Überlegungswiese - die verurteilte Republikflucht -, die keine andere weitere funktionäre Probleme darstellte. Ich habe eingesehen, daß all die der Familie entstandenen Schwierigkeiten an uns, d.h. durch meinen Ehemann, verursacht worden sind, und habe meine Entscheidung dahingehend getroffen.

Ich bin in der UHA-Halle - sowie auch alle mir bekannten Inhaftierten - sehr gut und fürsorglich behandelt worden, wovon mich sehr viele mich der begangenen Straftat. Des weiteren habe ich am Verhalten von einigen Inhaftierten gespürt, daß, gemessen an der politischen Haltung zum Staat, sich zwischen diesen und mir doch recht drastische Unterschiede abzeichnen. Mit meiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS möchte ich mich damit ganz entschieden vom System unseres Landes - der DDR - und des sozialistischen Systems distanzieren.

Halle, den 27.12.1982

Bestätigt:
Leiter der Abteilung IX
[Signature]
Schwenger
Oberstleutnant

BStU
000039

Abschlussbericht

Mit der
geb. am

wurde von 4.8.1982 bis 17.12.1982 gemäß Richtlinie 2/81 des Genossen Minister zusammengearbeitet. Vom 19.8.1982 bis 29.10.1982 erfolgte die Zusammenarbeit mit ihr durch die Bezirksverwaltung Rostock, Abteilung IX.

Megen einer Straftat gem. § 213 Abs. 1, Abs. 2 und 3 Ziff. 5 und Abs. 4 StGB wurde die am 17.11.1982 durch das Kreisgericht zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 5 Monaten verurteilt. In Verwirklichung der geplanten Rückgewinnungsmaßnahmen wurde die Verwirklichung der Strafe mit Beschluß des Kreisgerichts vom 7.12.1982 auf Bewährung ausgesetzt. Die Wiedereingliederung erfolgte nach wofür die Kreisdienststelle die Voraussetzungen hinsichtlich Wohnung und Arbeitsstelle schuf.

Wegen der Haftentlassung wurde die Zusammenarbeit mit der am 17.12.1982 beendet. Die Entbindung von der Zusammenarbeit erfolgte schriftlich. Gleichzeitig erklärte sich die schriftlich bereit, weiterhin mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten.

Bei der setzte während der Untersuchungshaft der Prozeß des Umdenkens ein. Anfangs hatte sie, um ihren Ehemann zu schonen, sich als Mittäter der Straftat ausgegeben. In der Folgezeit machte sie aber wahrheitsgemäße Aussagen und belästete auch

begehen wollte. Die bereute die Tat und erklärte, in der DDR bleiben zu wollen, auch wenn sich ihr Ehemann anders entscheidet.

Auf der Grundlage der Wiedergutmachung wurde sie deshalb gemäß Richtlinie 2/81 geworben. Im Werbungsgespräch war sie sofort zur Zusammenarbeit bereit, wobei auch die Hoffnung auf vorzeitige Haftentlassung ein Motiv ihrer Zusammenarbeit war. Während der Zusammenarbeit war sie stets zur Lösung der ihr gegebenen Aufträge bereit und lieferte wertvolle Informationen

BSU
000040

zur Persönlichkeit, dem Verhalten und den Reaktionen der bearbeiteten Personen auf Maßnahmen des Untersuchungsorgans. Durch sie war es möglich, eine Methode der Informationsübermittlung durch Untersuchungsgefangene aufzudecken, zu nutzen und schließlich zu unterbinden.

Die [redacted] verhielt sich entsprechend den gegebenen Instruktionen.

In Situationen, die von ihr selbst Entscheidungen verlangten, hat sie aber manchmal nicht offensiv und mit der notwendigen Abklärtheit reagiert. Das war zum Beispiel der Fall, als sie von Mithäftlingen auf die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit hin getestet wurde. Ihr Verhalten war aber dennoch so, daß keine Dekonspiration eintrat. Durch Überprüfungen wurde das ebenso wie ihre wahrheitsgemäße Berichterstattung festgestellt. Während des Treffs verhielt sich die [redacted] sachlich und ruhig.

Nach dem Einsatz in Rostock und dem damit verbundenen Aufschub der Entscheidung in ihrer Strafsache war sie nervlich stark belastet und neigte zu unüberlegten Äußerungen gegenüber dem Mitarbeiter b-i Treffs. Hier zeigte sich offensichtlich ihre schon bei den Ermittlungen zur Person festgestellte Spontanität. Später bedauerte sie dieses Verhalten.

Diese Mängel stellten aber keine wesentliche Beeinträchtigung der Zusammenarbeit mit ihr dar.

Die [redacted] trat bescheiden auf und machte von eingeräumten Vergünstigungen sparsam Gebrauch.

[redacted]

Über die Maßnahme ihrer Wiedereingliederung äußerte die [redacted] Dankbarkeit und war sofort bereit, weiterhin mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten.

Die notwendigen Unterlagen werden der Kreisdienststelle [redacted] zum Zwecke der weiteren operativen Nutzung der [redacted] übersandt.

Stenker
Major

BSU
000034

Beicht zum Fall [redacted]:

Halle, den 12.8.82

Ich [redacted] aus der Zelle geflohen wurde, bekam ich durch Klopfen zu verstehen, was es über mich in der Zelle ging, und dann durch Klopfen aus der Zelle unter mir, das meine Frau [redacted] unter mir liegt, also es besteht eine Möglichkeit das ich mich über das Abfluprohr durch's Klo unterhalten können.

Es besteht ein Briefverkehr der Briefe werden im Vorraum der Zelle hinterlegt im linken Fenster rechts der Zelle. Wenn man die Klappen öffnet das Pakete abholen, [redacted] hinterlegt Donnerstags und [redacted] Freitag.

So war es mir möglich die Gespräche mitzuklären, und es gibt zu meinem Bericht noch folgendes zu ergänzen, das das Ehepaar [redacted] abgesprachen getroffen hat über gemeinsame Aussagen, zwecks Übereinstimmungen in den Aussagen.

Am 1.8.82 folgender Dialog:

[redacted] [redacted] geht abend [redacted] das ist das erste mal das ich dich wieder sprechen kann ich habe allabend zupacken, ich mußte es, zu wem allabend.

[redacted] Das hast du alles gesagt

[redacted] Das ich bei dem Treff mit dem [redacted] habe wir sind die Treffpunkte habe ich auch zupacken. Also was soll ich schon sagen wegen der Abreise die ich im [redacted] Briefverkehr hatte die [redacted].

[redacted]: Die jetzt mit sagst du dann hast du keine Ahnung. Du
 hast du als Schwachlingsnummer gesagt
 [redacted]: ich muß ins Bett-lieft kontrolliere.
 danach kam kein Gespräch mehr zustande
 Dialog am 10.4.82
 [redacted]: [redacted] die wissen von Bawien, an der polnischen Grenze
 ich war heute beim Vordrucker, was hast du zur CSSR zugegeben.
 [redacted]: Das ist mit den Kindern über die CSSR wollte.
 [redacted]: Bist du blöd!!!
 [redacted]: Die haben doch gesagt, das hast du zugegeben.
 [redacted]: Oh bist du dumm, die haben dich überhaupt nicht habe
 ich davon zugegeben, ich habe gesagt ich wollte über die CSSR den
 bin ich nach Oberrheinthal gefahren. bei davon weißt du nichts.
 Was hast du als Schwachlingsnummer genannt.
 [redacted]: 5000 M was wie du es mir aufgeschrieben hast. Ich
 habe die wieder einen Brief geschrieben im Vorraum der Bude
 linker Fenster rechts links. Schreib nichts mehr zur Straßlat für
 sie zu finden. Ich dachte wir stimmen mit unserer Steuer
 fast überein. Ich ist mit [redacted] hast du sie benachrichtigt.
 [redacted]: Was ist mit [redacted] hast du sie benachrichtigt?
 [redacted]: Ja es ist alles klar. Ich hab dich hier ich muß
 aufhören es ist gefährlich heute.
 [redacted]: Ja gut hast du eben klug und sag nichts mehr aus.
 [redacted]: wurde am 11.4.82 wieder verfolgt es kam [redacted]
 [redacted] Gespräch mehr zustande.

BStU
 000035

[redacted] 32
 [redacted] 9.8.82
 BStU
 000038
Bericht
 Mitbewohnerin: [redacted] jähig, verheiratet
 Ehemann: [redacted] jähig
 Kinder: [redacted]
Charakterzüge: hilfsbereit, lustig, risikobereit
 sehr lebhaft, nervös, leicht Zuspitzung
 zum aggressiven Verhalten
 ihre Ehe scheint sehr gut zu sein, ist
 bereit für ihren Gatten alles zu tun.
 das Verhältnis zu den Kindern scheint
 sehr gut zu sein, ist sehr besorgt vor
 allem wegen der Heimunterbringung
Beruf: [redacted]
 polit. Einst. - negativ obwohl Mitgliedschaft in der [redacted]
 Ihre Einstellung ist - lt. Auskunft Aussage daher,
 daß man [redacted] das
 Arbeiten im [redacted] sehr erschwert hätte.
 [redacted]
 Des weiteren f. wäre die [redacted] auch
 ein Grund, daß sie hier nicht verbleiben wollte.

Strafsache: 000039

Nach Aussage der [REDACTED] sollen Sie bzw. Ihr Ehepaar denselben Vorgehen beschuldigt sein - Ehemann, [REDACTED] seit 7 Wochen inhaftiert aufgrund § 400 und § 213

- Sie: z.Z. 5 Wochen im Haft wegen § 400 und § 213

Man hätte angeblich - in oft eine Hausdurchsuchung durchgeführt, bei welcher 1.500 KDM und etwa 4.500 M beschlagnahmt worden sind;

- außerdem hätte man einen PKV - [REDACTED] eingesetzt - bei welchem offenbar ich mir persönlich nicht bekannt, habe allerdings auch nicht versucht dies in Erfahrung zu bringen.

An ihrer Aussage der Strafsache ihres Ehemannes hat sie sich sonst nicht geäußert.

Informationstätigkeit:

M. Aussagen der [REDACTED] wissen die Inhaftierten untereinander über alles und jeden Bescheid bezüglich Straftat und über die Person selbst (Alter, Ehepartner, Kinder, Beruf, Gesundheitszustand).

Sie hätte Ihr wäre bekannt gewesen, daß ich mit [REDACTED] verheiratet bin, 1 Kinder habe, tätig war als [REDACTED] - und zudem noch im Haftkrankenhause - Berlin gewesen bin. - Ich habe Sie nicht gefragt, woher Sie diese Auskünfte bezeugen hat; - ich nehme an über [REDACTED] und [REDACTED]

[REDACTED] Angehörige soll sie neben einer [REDACTED] einer Freundin mit Ihr das Zimmer 6 besucht haben.

Desweiteren wußte sie über Klopfbestimmung vom Zimmer 6 zum Zimmer 25, daß mein Ehemann nach [REDACTED], außer dem [REDACTED] § 213 nach ein Klopfbestimmung vorliegt. Es selbst (mein Ehemann) hätte nur einmal über WC anstelle seiner 2 Mitbewohner ([REDACTED] - 26-jährig und ein [REDACTED] - 17-jährig?) gesprochen und mitgeteilt, daß er sich um den Untersuchungsergebnis im Haftkrankenhause - Berlin nicht viel verspreche, die Untersuchung sei sehr langsam gewesen. Ob ich mich hätte erkundigt, ob man wisse, in welchem Zimmer ich untergebracht sei. - Frau [REDACTED] wäre dies angeblich nicht bekannt gewesen. Bekannt sei ihr über [REDACTED] aus der 25, daß mein Ehemann einen [REDACTED] habe. - die [REDACTED] aus dem Zimmer 6 hätte zudem Ihr gegenüber geäußert, daß das, was mein Ehemann sonst nach gesagt hat, zusammenhanglos, verworren gewesen wäre.

Eine nähere Überprüfung der Frau [REDACTED] - unmittelbar nach der Eingewöhnung am 5.8.82 (nach der Freisetzung) - war beizubringen beabsichtigt. Trotzdem war sie sofort bemüht, eine Klopfbestimmung zum Zimmer herzustellen. Sie wurde vom sachpersonal gestellt und sie vom diensthabenden Oberaufseher verwahrt, Ihr gar Angst angedroht. Außer der Reihe (normal) bekam ich einen Brief von meinen Kindern, zudem nach Kugelschreiber und Schreibpapier. - Diese Gelegenheit nutzte sie,

000041

einen Brief" für Herrn Ehemann zu schreiben. - Sie hat dann selbigen - ich mußte kurzzeitig das Hofgeld (Guckloch) zum Abraum des Durchraumes verdecken - unter dem linken Fenster, auf der rechten Seite der Fenster-Einfassung, versteckt, den Fensterflügel hiernach hochgeklappt. Am selbigen Abend (5.8.82) versuchte Sie über ihre ehemalige Mitbewohnerin vom Zimmer 6, einer [REDACTED] aus dem Zimmer 18, in Erfahrung zu bringen, wo ihr Ehemann untergebracht ist; Sie mußte ihm unbedingt sprechen, habe ihm auch einen Brief hinterlegt. Die [REDACTED] teilte ihr [REDACTED] lediglich mit, daß Sie verabschiedlich diesen Brief mitgenommen habe und ab-vernichtet hätte; konnte aber nicht genau sagen, wo ihr Ehemann untergebracht ist. Die Unterhaltung war nur sehr kurz und belanglos, da noch ein Anderer - ein [REDACTED] - aus dem Zimmer 39 am Übernach über WC beteiligt gewesen ist.

Am Freitag erfuhr Frau [REDACTED] über Klopfen, daß ihr Gatte auf der 3. Etage, über dem Zimmer 39, untergebracht ist. Sie ließ über Klopfen (vom Zi. 18 → Zi. 38 → Zimmer darüber, auf der 3. Etage) mitteilen, daß Sie [REDACTED] unbedingt sprechen möchte am WC (na bei abgestellter Mannanlage).

000042

Am Freitag, den 6.8.82, bzw. auch am darauffolgenden Tag war eine mißsprache zwischen dem Ehepaar [REDACTED] - über WC - nicht möglich. Das Wachpersonal hatte an beiden Tagen die Mannanlage wohl erst sehr spät abgestellt, - Frau [REDACTED] sowie auch ich sind vor dem eingeschlafen. Am Samstag versuchte [REDACTED] über Klopfen ein Fenster, bzw. durch Klopfen mit Ellenbogen am äußeren Gittergitter, mit dem darüber wohnenden Obbindung aufzunehmen; es gelang ihr. Es wurde ihr mitgeteilt, daß ihr Ehemann [REDACTED] am Sonntagabend über WC sie sprechen wolle.

Folgendes zusammenhängende hat sie ihm mitgeteilt: (am Sonntag zwischen 21¹⁵ - 21⁴⁵?)

- { 3 x Metropol
- 1 x Tiergarten
- 1 x U-Bahn
- 5.000 DM
- 1.500 DM beschlagnahmt bei der Hausdurchsuchung
- den Schleuser kennt Sie nicht
- seine [REDACTED] wollen gar nichts zutun haben, wollen ihre Ruhe
- Sie hätte dem Vernehmer gesagt, daß Sie über die GSSR einreisen wollten?

Alles Andere, was sie mit ihm besprochen war sehr privat. Sie hat ihren Ehemann darum gebeten, daß er weiterhin versuchen soll, mit ihr über WC zu sprechen.

- 6 -

BStU
000043

Am heutigen Vormittag (9.8.82) nahm Sie die Gelegenheit - Schreibmaterial war vorhanden - einen Brief für ihren Ehemann zu schreiben. Dessen wird Sie wahrscheinlich wie üblich zustellen. Da Sie für den 10.8.82 Besuch erwartet, hat Sie mich darum, am morgigen Tag den Brief an mir zu nehmen. - Es ist demnach anzunehmen, daß Sie eine Aufenthaltnahme im Zelle zu verschieben erscheint.

██████ machte mich darauf aufmerksam, daß in einer Freizelle mein Name - an einer Mauer geschrieben war. Ich fragte mich, ob ich meinen Namen dort eingetragt hätte, oder die Möglichkeit besteht, daß ██████ es gewesen ist. Ich fragte Sie hierauf, wie die Druckschrift aussieht, - was Sie mir aber nicht genau beantworten konnte. Ich wies auf die Möglichkeit hin, daß eine andere Haftkarte dieses Namens es vielleicht gewesen ist; hat Sie mir aber doch selbst geäußert, daß ein Ehepartner (██████ und ██████) inhaftiert seien.

██████ ██████

4.8. Beispiel 8:

AZI 1242/87

Der Zelleninformatoren hatte sich vermutlich unter anderem aus einer Neigung zur Abenteuerlust bereit erklärt, für das MfS zu arbeiten.* Er berichtete über drei Mithäftlinge und lieferte dabei Informationen über Tatumstände und schätzte die Personen ein.

Es lagen jedoch Beschwerden seitens der „Schließer“ gegen den ZI vor. Teilweise trat er gegenüber dem Personal der Abt. XIV „überheblich“ auf. Es liegt fast die Vermutung nahe, daß man ihm aus „erzieherischen Gründen“ einen schwierigen Mithäftling in die Zelle gelegt hat, um ihn zu disziplinieren. Nach diesem Vorfall sind keine Beschwerden seitens der Abt. XIV über den ZI gekommen. Der Vorgang wurde eingestellt, weil sich der ZI anschließend dekonspirierte. Im Bericht zur Werbung wird durch den Führungsoffizier vermerkt, daß der ZI besonderen Wert auf die Einhaltung der Konspiration legt. Das wurde ihm vom MfS auch zugesagt, um seine persönliche Sicherheit zu gewährleisten.

* Schon vor seiner Verhaftung gab es inoffizielle Kontakte zu einer Kreisdienststelle des MfS, in deren Folge er eine Arbeitsstelle und eine Wohnung erhielt. Die Verhaftung erfolgte aufgrund einer „versuchten Republikflucht“.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 1242/87, Teil I, Bl. 13-15; Teil II, Bl. 91-99 (Abschrift von Bl. 98 und 99 auf S. 86)

Abteilung IX

Halle, den 31.8.1981

Basitika:

Leiter der Abteilung

Schwenker

Chersteutnant

ASU

000013

V o r s c h l a g

Es wird vorgeschlagen, den

Feb. 20

Зеркало:

zuletzt: Schlosser in

where

Ermittlungsverfahren eingeleitet 7.8.1981

Rechtsgrundlage: § 213 Abs. 3, Abs. 4 StGB

Haftbefehl erlassen am 3.9.1991

rem&B Richtlinie 2/81 zu verpacken.

Begründung:

_____ hat bereits in der Erstvernehmung umfassend zu den von ihm begangenen strafbaren Handlungen ausgesagt.

Er ist geständig und bestrebt, durch seine umfassenden Aussagen am Ermittlungsverfahren mitzuwirken.

legte gegen den ihn betreffenden Haftbefehl Beschwerde beim Staatsanwalt ein. Anlaß dafür waren für ihn nicht die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen, sondern er strebte hiermit eine Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens ohne Untersuchungs-
haft an.

ist sehr kontaktfreudig und in seinem Auftreten selbstsicher und wendig.

000015

1

Aus der Teilnahme an Vernehmungen und dem Studium seines Verhaltens wird eingeschätzt, daß [REDACTED] in der Lage ist, an Personen zu arbeiten.

Durch eine operative Absprache mit der Kreisdienststelle [REDACTED] wurde bekannt, daß [REDACTED] als IM-Kandidat seit Anfang des Jahres bereits inoffiziell mit der Kreisdienststelle Dessau zusammengearbeitet hat.

Seine Arbeitsergebnisse, insbesondere seine Fähigkeiten, politisch-operativ an Personen zu arbeiten, wurden als gut eingeschätzt.

erhielt im Ergebnis der Kontaktierung durch das Ministerium für Staatssicherheit durch die Krefeldienststelle eine Arbeitsstelle sowie entsprechenden Wohnraum vermittelt. Diesbezüglich erfolgten mit ihm konkrete Instruktionen zur Legitimierung des Erhalts der Arbeitsstelle sowie des Wohnraumes. Es muß festgestellt werden, daß diese Legenden in seiner Vernehmung zur Person instruktionsgemäß aufrecht erhielt und sich gegenüber dem Untersuchungsführer hinsichtlich seiner Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit nicht dekonspirierte.

Am 31.8.1991 wurde mit den Kandidaten ein Kontaktgespräch geführt.

Im Verlaufe des Kontaktspruches brachte der Kandidat zum Ausdruck, daß er seine strafbaren Handlungen bereue und sich von seinen Vorhaben des ungesetzlichen Verlassens der DDR distanzieren. Er begründete dies damit, daß seine komplizierten persönlichen Probleme, insbesondere jedoch die auf Betreiben der [REDACTED] [REDACTED], ihn zu dieser Handlung getrieben hätten und er zum jetzigen Zeitpunkt dazu mehr Abstand genommen habe.

In weiteren Verlauf des Kontaktgespräches wurde der Kandidat auf seine Überlegungen hinsichtlich einer Wiedergutmachung angesprochen. Auf eine entsprechende Bemerkung hin offenbarte der Kandidat seine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit und brachte zum Ausdruck, daß er jederzeit gewillt sei das Ministerium für Staatssicherheit in seiner Arbeit weiter zu unterstützen. In

BSIU
000015 3

der gegenwärtigen Situation jedoch keine klaren Vorstellungen über das wie habe.

Dem Kandidaten wurde mitgeteilt, daß er sich über seine Bereitschaft umfassende Gedanken machen soll und in weiteren Gesprächen darauf zurückgekommen wird.


Abschließend wurde der Kandidat aufbauend auf seinen bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit nochmals eindeutig auf die Einhaltung der Regeln der Konspiration hingewiesen und eine entsprechende Legende zum Kontaktgespräch abgesprochen.

Die Überprüfungen mittels der operativen Technik zeigten, daß sich [REDACTED] an die gegebene Verhaltenslinie hielt.

In der weiteren Zusammenarbeit mit dem Kandidaten ist unbedingt zu beachten, daß die Motive der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit offensichtlich Momente des jugendlichen Abenteuerstums beinhalten.

Das kann teilweise Auswirkungen auf eine sachliche und objektive Berichterstattung haben und ist mittels geeigneter operativer Möglichkeiten insbesondere im Anfangsstadium konsequent zu überprüfen.

Es wird vorgeschlagen, den Kandidaten im Verlaufe des nächsten Kontaktgesprächs gemäß Richtlinie 2/81 zu werben und schriftlich mit Klarnamen zu verpflichten.


 Schenn
 Hauptmann

g. 89
-1-
Belle, den 20.11.1981
BSIU
000091

Informationen über - [REDACTED] geb. [REDACTED] in [REDACTED]

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er nicht zu-
nehmungsfähig ist, durch mehrere, nach meinem
Begriffen unnormalen Befehlshabern von denen
ich einige Schicksale mächte. Zwei mächte ich nach
einigen mit Person sagen. (in Hochpunkten)

- geboren [REDACTED] Vater ist [REDACTED]
- Mutter [REDACTED]
- hatte von [REDACTED]
- [REDACTED]
- von 19 [REDACTED] Schulzeit von der [REDACTED] sehr gute
Ergebnisse.
- nach Beendigung der Schule als Facharbeiter [REDACTED]
arbeitete er auf dem [REDACTED]
- absolvierte nebenbei die [REDACTED]
- [REDACTED] dem Ergebnis [REDACTED]
- hat von Ende 19 [REDACTED] an regelmäßig den
Sender Radio [REDACTED] gehört.
- Staftat - [REDACTED]

Er schreibt an eine Wandel einer [REDACTED]
[REDACTED] Hauses folgende Sprüche:

- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]

000092

Diese Sprache hat er laut seinen Angaben dem
Volke entzogen [redacted] [redacted] zu entnehmen.
Er sympathisiert mit der KPD [redacted], er behauptet
mit Existenz keinen und wäre eine [redacted]
der [redacted]. Diese Stellen hat das Ziel -

[redacted]
Er war entsetzt nur weil der "Kopf gemacht hat",
"eine Meinung" gesagt hat verhaftet worden zu
sein. Er hat am Mittwoch, also einen Tag nach
seiner Ankunft, am einen Abend geschrieben.
([redacted], aus der Anwesenheitsliste)
Wird angegeben, dass er nicht zur Haftet, er sah
so überhaupt nicht als eine solche an.

- Bemerkung -

Er erwähnt das er in eine [redacted] eintreten
wollte, [redacted]. Er sagte es
könne gefährlich werden, wenn er auf den Kopf fiele.
[redacted]

Wenn zu den Befragten einige möchte ich der
Reihe nach aufrufen und möglichst genau
darstellen. Er fing eigentlich schon mit seinen
Eintritten in die Zelle 25 an, am seinem An-
kunftstag am Dienstag dem [redacted] 1951.

Er hatte noch seine Sachen auf dem Arm, die Zellenkell-
ner hatte ihn gerade hinter ihm geschlossen, als

- 3 -

000093

- 3 -

warf er mit folgenden Wörtern an den Kopf: "Wenn du
ein krimineller bist, na ja ist egal, du kannst ja
nichts dafür, das ist ja selbst. Ich will mit Kriminalli-
nen nichts zu tun haben."

Darauf war ich mit ihm sprachlos, in dieser Ungelegenheit
bin ich ungeheuer empfindlich, ich hätte am liebsten
zugehauen. Er hat mich "Guten Tag" gesagt, nichts da-
gegen, hat mir gleich diesen "faulen Trick" an den
Kopf gehalten. Kurz auf Deutsch zusammengefasst: "Deine
Eltern sind kriminell und du hast es geerbt, du
kannst aber nichts dafür."

Nachdem er eine Stunde ungelassen versucht hat sein
Bolt zu bauen habe ich es gemacht, er sagte darauf kein
Wort mehr: "Na ja, du verstehst schon." Er machte dabei
eine Handbewegung die alles bezeichnen konnte. Ich
verstand aber nichts, zu dem Zeitpunkt jedenfalls
noch nicht, erst ein wenig später, "der Kopf ist total
beschmutzt, völlig beschmutzt"? Ich dachte auch, da ich
auskündig gezogen bin, nach dem er so als "Kri-
mineller" nicht für nötig gehalten hatte und sagte
warum ich hier bin. Er sagte wieder: "Hakenkreuz
u. s. w., du verstehst schon." Ich verstand ge-
nau, ich dachte schon ich wäre verurteilt, aber
durch das Wort "Hakenkreuz" wußte ich noch genau.
Dann erzählte er ausführlicher, das er ein Wort sage und
dann "du verstehst schon" obwohl es nichts zu ver-
stehen gab. Ich habe sehr oft noch oft. Zum Abend-
brot kam der Wächter vorbei. Er nahm das Fett auf

- 4 -

3

-4-

000094

den Kaffee als wäre es Suppe, nach dem 5. oder 6. wurde es auf die Schmitte zu schmeißen gelangt es endlich. Dann kramte er den Kaffee wie einen Hammer und schlug das Fett auf die Schmitte. Im Entschlekt hatte ich mehr Fett auf dem Stand als er auf der Schmitte. Dann ließ er, „Bei dem Schwan und schlimmer“. Er schmeckte die Masse, zog dabei die Nase hoch, sagte mir, daß mir das Essen verfiel.

„Wichtiges Beispiel“

Am nächsten Tag, habe ich einen Kipper verknallt zum Tischabwischen. Ich bekam eine Mangelware, oder sah es. Kurz danach war Zellenreinigung. Ich kehrte und zu ihm sagte ich: „Nach dem Waschbecken sauber und die Toilette“. Er machte es, aber die Toilette machte er mit dem Tischlappen sauber, obwohl die Toilettenbürste neben ihm stand (20cm). Hat ist das erste mal der Kipper geplatzt. Ich habe verfaßt das es es dem Pöden meldest bei einem neuen Kipper benutzt, wie wir uns hat. Ich habe ihm weiter gesagt das es beschaffen ist, stocktaug und die Klappsmühle geteilt hat und ist die UH. Die Pöden sein bestraft das er böse ist und nicht er. Letztlich sagte ich nachdem es es gemeldet hatte, das es von dem Pöden an der Klappsmühle gemeldet wird - das es die Klappsmühle kommt dafür. Er glaubte es, und verlangte selbst zur Klappsmühle zu kommen. Dort sagte er der ahnungslosen Schwester, was passiert ist. Ich

-5-

4

-5-

000095

dabei Tieren gelacht. Er nahm alles Ernst. Jetzt als ich sagte das es es mich zu Grunde richtet mit einer Blödsinn, das ich mich deshalb und umbringe - er kam - mit mir stinkte auf „Geplante Arbeit“ - schauen und bekommen wie Haus 25 Jahre dafür. Er hat darauf kein Problem gemacht sich zu brennen doch nach 5 min was alles verfahren. Nach dem Mittagessen hat er Kaffee bereitet und auf den Tisch verkippt. Er stand um Haus 30 min regungslos vor dem Tisch, bis er eingeschrien und er Wunder - er hat nichts gesagt oder getan. Ich habe um 10 Uhr den Kaffee müssen. Dann wollte er den Tisch, auf dem wir heute Essen kochen mit dem Kipper sauber machen mit dem er die Toilette geputzt hat. Ich habe ihm daraufhin geantwortet, wenn er das machen würde, werde ich ihn mit dem Kipper verknalligen. Erst entschlossen den Tisch dennoch zu reinigen veränderte er den Tisch mit der flachen Hand zu reinigen. Ergebnis, der Kaffee war geschwommen auf dem ganzen Tisch verteilt und der Rest hatte ich auf der Haut. Ich sage es sollte das kochen, er sagte darauf „Koch es kochen ja irgendwas ja auch“. Ich wollte wissen, ob ich warm oder kochen sollte, ich entschied mich für kochen. Von dem Moment an war die Sache klar für mich, dass er nicht ist dumm. Von da an bemerkte ich das öfteren das er geistesabwesend war, ich konnte machen was ich wollte er reagiert

-6-

5

-6-

000096

auf nichts mehr. Es folgten noch einige kleine Vorfälle die meinen Zustand immer mehr bedrängte. Wir wurden am 17.11. in die Zelle 65 verlegt. Die Zeit wo er geistesabwesend war, kann man öfter und länger. Am 18.11. abends ist es, auf dem Weg vom Waschbecken zum Klo, welches aus der Heizung hängt, stolperte er, -d er auf dem Kopf. Er klagt über Kopfschmerzen, Übelkeit und Erbrechen. Mit einem Lappen kühle ich ihn ab und -d die beiden Beden die er sich gekümmert hat, mehr konnte ich nicht tun. Den Unfall meldete ich weiterhin. Nach dem ich ihm einen Schluck Wasser auf sein Kopfen hin gab, erbrach er.

19.11.19.81

Es sprach mich ein Wort mit ihm an diesem Tag. Er raß nur auf seine Hocker und stierte den Türraum. Frühstück abgelehnt. Es wurde die Freikunde angekündigt. Zuerst später kam die Zellwache auf, er hatte sich nicht mal zum Frühstück bemüht zu helfen -d er doch sagte ich "Nach dem kleinen Becken -d die Toilette wieder". Ich ging aus und als ich fertig war sah ich, daß er die Toilette mit der Zahnbürste sauber macht und mußte mich erst mal sehen ob er lachen. Dann jedoch bemerkt ich zu meinem Entsetzen das es meine Zahnbürste war und ich verlor die Beherrschung. Da man

-7-

-7-

000097

mit ihm die Toilette sauber und, ich soll nur dann damit die Zelle putzen. Ich sagte, die Zahnbürste schmeißt, Du P! Er muß wohl ein bisschen laut gewesen sein, denn im selben Moment standen 2 Hocker in der Zelle. Ich erklärte Ihnen was passiert war, sie versprachen mir eine neue Zahnbürste und stellten mir eine, für Häftler: "Warum haben Sie das gemacht?" Darauf sagte er, "Ich dachte es wäre meine". Dann grinst er nur noch. Wir gingen danach zur Freikunde, dann war -Rasieren-. Er rasierte sich selbst, dann ich, ich mit dem Rasierer zur Tür wegen dem Licht, bei der auch mit dem Cutter zu ihm und so sah ich was er machte und hörte auch nichts weil der Rasierapparat einen ziemlich hohen Geräusch hat. Er wimmerte gegen die Heizung, an der hängen meine Waffeljacks und meine Handtücher. Die Waffeljacks hat er auch collimiert. Ich meldete dem Kopf der Person, er meldete es der Schwester -d dem Mutterbruder und beide kamen in die Zelle und sah ihm zur Rede. Er sagte "An der Heizung hängen es besser". Dann grinst er nur noch. Er mußte es aufsitzen. Nach 20 min., ich raß am Fußboden von Box 3, (gegenüber der Tür), hatte den Achterbader zwischen den Füßen auf dem Podest stehen wo er ohne Grund -stammung einen von Hocker hinter meinem Rücken nach meinem Kopf. Zufällig brückte ich mich gerade in dem

-8-

Doch nichts dergleichen geschah, er ließ mich zu meinem Erstaunen in Ruhe Essen. Die leeren Schüsseln wurden abgeholt. Die Luke war zu und die Posten an der Nebenzelle: Ich stand mit dem Rücken zu ihm, (50 cm) entfernt, und war im Begriff nur eine Zigarette anzuzünden denn es heißt ja „Nach dem Essen sollst Du rauchen...usw.“, da fiel er mich von hinten an. Er würgte mich. Nach einen etwa 5 minütigen Kampf lagen wir vor der Tür, er in der Armwinde von mir, die Hände auf dem Rücken und mein Knie auf seiner Brust. Er hat 3 mal versucht mich zu würgen, er verkrampfte sich dabei mit seinen Fingern in meinem Hals. Ich hatte dabei starke Schmerzen und bekam kaum Luft. Durch den Krach den wir verursachten, als wir vom Bett fielen, denn der Kampf spielte sich fast ausschließlich auf den Betten ab, kamen 2 Posten in die Zelle und fuhren Ihre „Totschläger“ aus. Sie brachten uns auseinander und holten den Unterleutnant. Der holte mich aus der Zelle. Ich hatte starke Hustenanfälle und mußte Erbrechen. Die Schwester und der Arzt untersuchte mich. Der Anstaltsleiter kam und holte sich einen Bericht der Vorfälle von mir. Ich wurde in die Zelle 74 verlegt.

Ich bin zu der Auffassung gelangt, das der [REDACTED] nicht normal ist, dies bestätigte mir auch der Arzt bei unserer Unterredung.

[REDACTED]
74/1

4.9. Beispiel 9:

AZI 3371/85

Bei diesem Zelleninformer handelt es sich um einen Jugendlichen, der laut Akte wegen „geplanten Bombenattentaten und deren Vorbereitung“ in U-Haft sitzt. Durch den Einsatz konspirativer Technik wird dem MfS deutlich, daß dieser Jugendliche „Qualitäten“, wie schnelle Kontaktaufnahme zu Mitgefangenen besitzt, die ihn als ZI-Kandidaten interessant machen. Begünstigend kommt noch hinzu, daß der Kandidat aus einem „fortschrittlichen“ intellektuellen Elternhaus kommt, den Willen zur „Wiedergutmachung“ und eine positive Einstellung zur DDR hat. Der ZI verpflichtete sich schriftlich und lieferte entsprechende Berichte über fünf Mitgefangene, so daß er mit Vergünstigungen belohnt wird. Er berichtet über Tatumstände, Klopfverbindungen zwischen den Zellen, kirchliche Aktivitäten seiner Mithäftlinge und Möglichkeiten, indirekt Rückschlüsse auf die Belegung der Untersuchungshaftanstalt zu ziehen. Seine weitere Verwendung wurde durch die Abt. VII im „Jugendhaus“ Halle geplant.

* Weitergabe von Schwarzpulver

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 3371/85, Teil I, Bl. 15, 20, 21, 38, 39

Aufstellung über ausgetragte Beträge und geleistete Sachwerte			
		Reg.-Nr. VIII / 832 / 85	
Num.	Platz-Nr.	Höhe des Betrages bzw. Art des Sachwertes	Unterschrift des Mitarbeiters
16.4.		1 Kanten Kaffee	H. H.
13.4.		1 Kanten Kaffee, belegte Brate	H. H.
12.4.		1 Kanten Kaffee, belegte Brate	H. H.
11.5.		"	H. H.
10.5.		"	H. H.
9.5.		"	H. H.
8.6.		"	H. H.
7.5.9.		1 Kanten Kaffee / Steak / Brate	H. H.
6.8.		"	H. H.
11.8.		"	H. H.

Abt. IV Halle, den 11.4.85

BSU 000020

Aktenvermerk
 zur Überprüfung des Verdächtigten [REDACTED]

Am 10.4.85 wurde der Verdächtige [REDACTED] zur individuellen Zusammenkunft verpflichtet. Zur Überprüfung wurde von 15^h Uhr - 21³⁰ die op. Technik eingesetzt.

[REDACTED] ließ gegenüber seinen Zelleninsassen nichts verlauten. Er hielt die Verhaftungshinweise ein.

Nach betreten der Zelle wurde er von seinen Mitgefangenen [REDACTED] gefragt was man von ihm wolle. [REDACTED] antwortete daß er wiederum hinsichtlich des Verwendungszweckes des Pulvers befragt wurde. Er konnte keine anderen Aufkünfte als zur letzten Vernehmung geben.

Am weiteren wurde eine befragende Unterhaltung geführt.

H. H.
Major

Abt. IX Halle, den 18.4.85 12

BSiU
000021

Artenvermerk

Am heutigen Tag wurde dem
Beschuldigten [REDACTED] der 1. Brief
seiner Mutter zum Lesen übergeben.
Diese Maßnahme erfolgte zur weiteren
Festigung des Vertrauens im Rahmen
der inoffiziellen Zusammenarbeit.

1. wurde ausdrücklich darauf hingewiesen
über diesen Brief gegenüber jedermann
zu schweigen.

Der Brief wird über den normalen Postweg
ihm offiziell zuhelfen.

[REDACTED] war sehr erfreut und es kann eingeschätzt
werden, daß mit dieser Maßnahme die
beabsichtigte Zielstellung erreicht wurde.

ALTL
Major

Abt. IX Halle, den 6.9.85

BSiU
000038

Abschlußbericht
über die Zerstörung der inoffiziellen Zusammenarbeit
mit der ZL vom 18.4.85

Der ZL wurde am 11.4.85 gem. bestätigten Vorschlag
zur Wersion vom 10.4.85 schriftlich zur inoffiziellen
Zusammenarbeit verpflichtet.

Seit diesem Zeitpunkt erfolgt eine kontinuierliche inoffizielle
Zusammenarbeit und der ZL werden eine Vielzahl
bedeutsamer Informationen zu Personen/Sachverhalten sowie
zu Problemen der Sicherheit in der ZHA. An besondere
Berichte es zu den Beschuldigten [REDACTED], [REDACTED],
[REDACTED], [REDACTED] u. [REDACTED] sowie zu Richtungs-
und Problemen der Sicherheit in der ZHA.

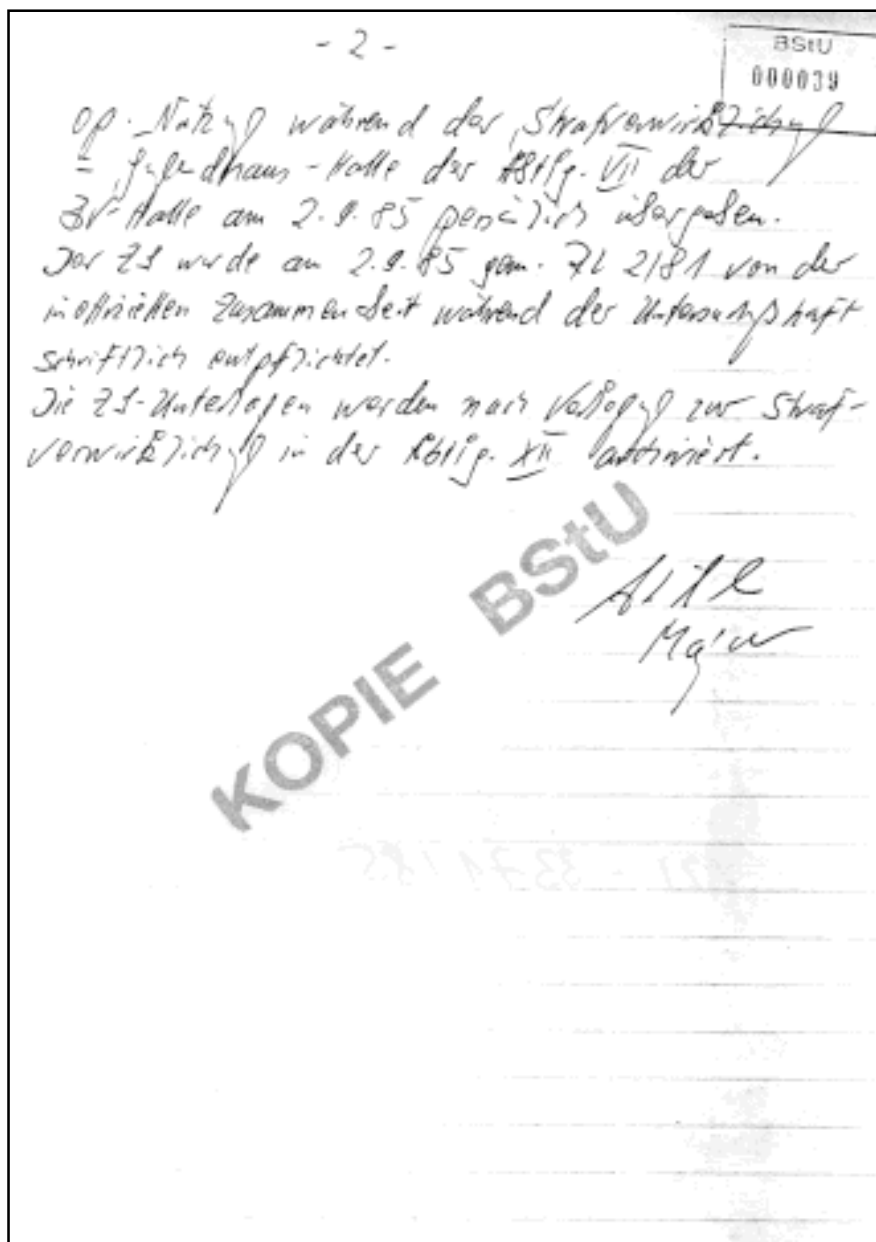
Die Berichterstattung war objektiv und deckte sich mit
bereits gesicherten Informationen, Unterlagen, Aussagen und
Überprüfungsmaßnahmen mit der op. Technik.

Während der inoffiziellen Zusammenarbeit war erkennbar, daß
der ZL in der Lage ist sich schnell auf Situationen einzustellen,
anpassungsfähig u. flexibel reagiert ist und wesentliche Va-
rianthypothesen kennen kann.

Ausdrücken u. Verhaltenshinweise wurde stets beachtet
und eingehalten.

Inkursionsproben traten nicht auf.

Aufgrund der positiven Entwicklung - Rahmen der
inoffiziellen Zusammenarbeit wurde der ZL zur weiteren



4.10. Beispiel 10:

AZI 982/87

Dieser Zelleninformer ist ein ehemaliger Volkspolizist, der des Diebstahls beschuldigt wird. Er berichtete insgesamt über 21 Mitgefangene, was auch den großen Umfang seiner Arbeitsakte mit 716 Blatt erklärt. Seine Berichte sind sehr umfangreich und beinhalten viele Details. So z. B. sexuelle Eigenarten von Mithäftlingen, politische Einstellungen und „Mitwisser“. Im Anschluß an einen Bericht des ZI wird die Frau des Betroffenen als „Mittäterin“ verhaftet, was den Ehegatten besonders hart trifft. Der ZI unterstellte anderen Häftlingen, daß diese die DDR hassen, unzufrieden sind, weil sie beispielsweise trotz Ausreisearbeit nach einer Haftverbüßung wegen „versuchter Republikflucht“ nicht in die Bundesrepublik abgeschoben wurden. Im dokumentierten Beispiel berichtete der ZI über einen U-Häftling, der einen Kugelschreiber in seinen Besitz gebracht hat. Bei der darauf folgenden Zellendurchsuchung wird dieser Kuli natürlich gefunden. Der Untersuchungshäftling muß eine Stellungnahme zu seinem „Vergehen“ schreiben (Teil II, Band 2, Bl. 231). Der ZI berichtete ebenfalls darüber, daß ein Kassiber mit dem Kuli durch einen anderen Gefangenen angefertigt wurde. Wie aus einer Notiz des Führungsoffiziers hervorgeht, soll die Schuld am Bekanntwerden dieses Sachverhaltes dem Kuliinhaber zugeschoben werden. Die Berichte des ZI führen auch zu Ermittlungen gegen einen MfS-Mitarbeiter, der sich Kunstgegenstände angeeignet haben soll (Teil II, Band 2, Bl. 243). Der ZI wird auf Empfehlung des MfS auf Bewährung aus der U-Haft entlassen. Aufschlußreich für seine innere Einstellung ist das von ihm an den Führungsoffizier gerichtete Dankschreiben.

Quelle: BStU, Ast. Halle, AZI 982/87, Teil I, Bl. 12, 52, 54, 55, Teil II, Bl. 204, 230, 231, 243 (Abschrift von Bl. 54 und 55 auf S. 98)

Halle, 08.09.85

BStU
000012

Hauptabteilung!

Hiermit verpflichte ich mich, das Untersuchungsprotokoll des Ministeriums für Staatssicherheit während der Zeit meines Untersuchungsbesuchs auf freiwillige Grundlage zu unterstützen.

Über mir bekannte aktuelle Informationen zu Sachverhalt werde ich gegenüber jedem Mitarbeiter des Ministeriums zur Verfügung zu stellen.

Über meine ehemalige Mitgliedschaft zur Deutschen Volkspolizei werde ich ebenfalls meinen Verpflichtungen hinreichend machen.

Schriftliche Berichte möchte ich mit meinem Examinationsamt unterbreiten.

Mein weiterer aktiver Zusammenhalt soll ich als einen ersten Schritt zur Wiedergutmachung an.

Halle, 17.11.86

BStU
000052

Erläuterung!

Es sei mir auf diesem Wege gestattet, allen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit, die sich speziell in meinem Falle so für mich eingesetzt haben meinen herzlichsten Dank zu sagen.

Ich danke auch den für. Haupt, die als meine unmittelbare Kontaktperson mit Richtung u. Ziel gal.

Ich kann versichern, dass ich aus meinem Fallverlauf die notwendigen Konsequenzen für die Zukunft gezogen habe, so dass sich ähnliches bei mir nie wiederholen wird. Wirklich möchte ich versichern, dass sich alle in meinem Fall beteiligten Personen in mir nicht getäuscht haben u. trüben werden.

Als stark Entschlossen um die Zukunft unseres Landes machen es für mich ganz einfach ersichtlich, dass ich die Freude der UHIT heraus für das Organ, tätig zu sein.

Sei alles, ohne große Worte zu machen, dass mir ein innerliches Bedürfnis. Durch die Hilfe der Angehörigen des Organs dass es mir möglich, wieder zu mir selbst zu finden u. dafür gebietet allen Beteiligten und. malts mein großer Dank.

Halle, 17.11.86

Notizung IX Halle, den 18.3.87

BSU
000051

Abschlussbericht
über die Beendigung der Zusammenarbeit mit ZL von 1979/80

Der ZL wurde am 3.9.85 auf der Grundlage des bestätigten Vordrattes zur Lösung gem. PL 2181 schriftlich zur inoffiziellen Zusammenarbeit verpflichtet.

An der Folgezeit bis 18.12.1986 erfolgte eine kontinuierliche, inoffizielle Zusammenarbeit.

Jeder zeigte sich bei dem ZL um einen äußerst intelligenten, kontaktfreudigen Menschen, der es versteht sich unverzüglich den vorhandenen Situationen anzupassen.

Der ZL war in der Lage umgehend das Wesentliche vom unwesentlichen zu trennen und zielgerichtet und konsequent Aufgabenstellungen umzusetzen.

Die operative Zusammenarbeit verlief äußerst erfolgreich mit hohen operativen Ergebnissen.

Die Zusammenarbeit war umfassend und objektiv.

Mehrfache Überprüfungen mit der op. Technik durch andere ZL als auch durch bereits vorhandene Informationen bestätigten die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit des ZL.

Am Zeitraum der Zusammenarbeit wurde er neben Sonderpreiser mit seiner Ehefrau, Sonderreisegeldung an seine Mutter mit insgesamt 250,00 Geldprämie ausgezeichnet.

-2- 46

Neben der inoffiziellen Zusammenarbeit wurde der ZL zielgerichtet, in enger Zusammenarbeit mit der HStG, auf seinen Einsatz nach der Strafverfolgung vorbereitet.

An Abstimmung mit der HAX wurde aufgrund der hohen Einsatzbereitschaft und Initiative des ZL eine vorzeitige Entlassung gem. § 349 StPO angetrebt.

Der ZL wurde im Dezember 1986 persönlich an die HStG, 31-Halle, abgegeben und gem. § 349 StPO auf Bewährung aus der Haft entlassen.

Nach Beendigung der inoffiziellen Zusammenarbeit erfolgte die Archivierung der vorhandenen Unterlagen in der HStG.

Hilt
Major

BSU
000051